Linke Politik in der Pandemie?! Teil 2: Die radikale Linke

Im ersten Teil der Serie zur linken Politik in der Corona-Pandemie haben wir uns bereits angeschaut, wie die Gewerkschaften gerade das Interesse der Arbeiter_innen den Interessen der Unternehmen unterordnen. Im zweiten Teil wollen wir nun den Fokus auf die Politik der radikalen Linken in Deutschland setzen.

Dazu muss erstmal geklärt werden, was die radikale Linke überhaupt ausmacht. Die so genannte radikale Linke ist kein einheitliches Kollektiv, sondern eher eine Vielzahl unterschiedlicher Organisationen, Gruppen und Strömungen, wie sie verschiedener kaum sein könnten. Wir fassen den Begriff hier mal weit und beziehen uns auf Linke, die irgendwie Kapitalismus doof finden und nicht im Parlament sitzen.

Wo wir uns aber alle einig sind, ist, dass die Corona-Krise eine tiefere Krise des Kapitalismus offenbart. Der Kapitalismus ist zwar nicht die Ursache der Pandemie, aber die der Krise, die aus der Pandemie und dem Umgang des Kapitalismus mit dieser folgt. Auch können wir uns gemeinsam hinter die Ablehnung gegen Grundrechtseinschränkungen, wie die Demonstrationseinschränkungen, soziale Angriffe, zB. Die erhöhte Reproduktions- und Sorgearbeit vor allem für Frauen*, und die in der Corona-Pandemie noch verschärfte Grenzabschottung stellen.

Das ist allgemein eine gute Grundlage für gemeinsame Politik. Es darf aber nicht nur bei seitenlangen Analysen und der Kritik am System verbleiben. Wir müssen auf die Straßen und uns

organisieren, um unsere Forderungen und Ziele durchsetzen können. Doch hierbei
gehen die Ansätze und Meinungen der verschiedenen Organisationen weeeeit auseinander.

Zurzeit werden unglaublich viele Texte produziert, wovon
einige gar nicht mal so schlecht sind, jedoch wird kaum eine Taktik entwickelt,
wie sich diese Krise angesichts der aktuellen Situation in die revolutionäre Praxis umsetzen lässt. Dabei wird kaum ein_e prekär beschäftigte_r Krankenpfleger_in sich von einem Blogbeitrag auf indymedia für den Kampf gegen
den Kapitalismus und zur sozialistischen Revolution bewegen lassen.

Der 1.Mai als internationalen Kampftag der
Arbeiter_innenklasse ist traditionell ein guter Tag um zu beurteilen, wie es um
die radikale Linke praktisch so steht. Der DGB sagte zunächst alle Kundgebungen
und Demonstrationen ab und veranstaltete nur „Online-Kundgebungen“, in denen
sich Spitzenfunktionäre dafür abfeierten, wie gut die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den Unternehmen im Dienste des Wirtschaftsstandorts Deutschland funktioniert. Trotz der fehlenden Unterstützung des DGB und trotz
des Demoverbots gingen am 01.05.20 einige 10.000 Menschen in Deutschland auf
die Straßen, um für die Solidarität mit Geflüchteten, die Lösung sozialer Probleme und in diesen Coronazeiten vor allem für die Notwendigkeit und die
(auch finanzielle) Anerkennung der Care-Berufe zu demonstrieren. Darunter waren
auch einige kämpferische Gewerkschaftler_innen, die sich nicht so leicht vom DGB abspeisen lassen wollten. Unter anderem machte die VGK (Vernetzung für

kämpferische Gewerkschaften) Kundgebungen, an denen auch wir von REVO uns
beteiligten.

Wichtig jedoch ist, dass der 1. Mai kein Symbol bleibt, an
dem man als radikale Linke mal kurz zeigt, dass man auch noch da ist.
Stattdessen müssen die Proteste vom 1. Mai zum Funken für eine *massenhafte*
Anti-Krisenbewegung gegen drohende Angriffe, gegen Grundrechtseinschränkungen,
gegen Rassismus und für Solidarität werden. Denn wir können durch Streiks und
Besetzungen bis hin zum Generalstreik die GroKo herausfordern und die Machtfrage
stellen!

Die Basis einer solchen Bewegung müssen die in dieser
Gesellschaft Marginalisierten sein. Dazu zählen zB. Jugendliche,
Lohnabhängige, Studierende, Frauen, LGBTIA* und Migrant_innen. Wir
dürfen uns deshalb nicht in linke „Szenearbeit“ verrennen, sondern müssen
verschiedene Organisationen unserer Klasse verknüpfen und zur gemeinsamen
Aktion auffordern. Wir brauchen deshalb auch einen Kampf mit und in den
Gewerkschaften, um die Burgfriedenspolitik ihrer Führungen (siehe Teil 1) als
wichtiges Standbein des kapitalistischen „Krisenmanagements“ anzugreifen.

Darüber hinaus reicht es nicht aus, nur Minimalforderungen
(wie keine Entlassungen, mehr Geld für Pflegekräfte etc.) zu stellen,
gleichzeitig aber dann zu sagen, „wir brauchen aber trotzdem jetzt den
Kommunismus“, wie es zum Beispiel die MLPD und andere stalinistische Gruppen
tun. Diese Forderungen sind zwar grundsätzlich richtig und wichtig, bleiben
aber Minimalforderungen und müssen daher mit der Perspektive des Kommunismus zu
Übergangsforderungen erweitert werden. Wir

fordern daher eine Verstaatlichung des Gesundheitssystems und der Pharmaindustrie unter der demokratischen Kontrolle der Beschäftigten und der Gesellschaft.

Und auch wenn wir die gesamte Gesellschaft radikal, also von Grund auf, zu einer besseren machen wollen, reicht es nicht aus, wenn wir nur „solidarische Nachbarschaftshilfe“ und „Kiezarbeit“ leisten, wie es viele (Post-)Autonome gerade postulieren. Selbstorganisierung ist zwar ein wichtiger Aspekt, kann aber nur die Symptome bekämpfen. Wenn wir also nicht immer nur uns gegen die Mängel selbst organisieren wollen, müssen wir notwendigerweise die Machtfrage stellen. Also kann ich zwar zum Beispiel für meine Nachbarin in die Apotheke gehen, aber für die bestmögliche Bekämpfung der Pandemie müssen wir die gesamte Pharmaindustrie unter Arbeiter_innenkontrolle stellen.

Tatsächlich gibt es dafür gerade nur wenige Initiativen und Perspektiven aus den Reihen der radikalen Linken, von denen sich die Massen angezogen fühlen. Das führt dazu, dass dieses Feld gerade stark von Rechten besetzt und instrumentalisiert wird. Rechte sind gerade Veranstalter_innen und Redner_innen auf so genannten Hygienedemos in vielen deutschen Städten, die auch viele Demonstrant_innen aus der bürgerlichen Mitte anziehen. Sie demonstrieren dabei gegen das aktuelle Krisenmanagement der Bundesregierung.
Und diese Unzufriedenheit ist zum Teil auch gerechtfertigt. Der neu eingeführte 12-Stundentag, Grundrechtseinschränkungen oder Milliardenhilfen für

Privatunternehmen sind Krisenmaßnahmen, die die Demonstrant_innen nicht hinnehmen wollen. Die radikale Linke versagt in dieser Situation den Menschen
eine Perspektive zu bieten. Rechte Kräfte dagegen prangern diese Probleme an
und verbinden sie mit einer reaktionären Weltsicht, Rassismus und Esoterik. Dabei richten sie sich eher an das kleinbürgerliche Milieu,
da kleine Unternehmen und Selbstständige besonders hart von der Krise betroffen
sind, aber kaum vom Staat gerettet werden. Sie erzählen deshalb dem Proletariat
die Lüge, dass sie ein geeintes Interesse als das „Volk“ gegen die „Elite“ vertreten und bedienen sich so rassistischer und antisemitischer Denkmuster.
Dass sich die Forderungen der Anti-Corona-Proteste sogar mit den Interessen des
Kapitals decken, zeigt die vergleichsweise geringe Polizeirepression im Vergleich zu den linken Protesten am 1. Mai.

Nur durch eine klassenorientierte Anti-Krisenbewegung können
wir den rechten die Stirn bieten und eine gesellschaftliche Perspektive zum kapitalistischen Krisenmanagement aufwerfen.

Revo macht hier den Anfang und hat schon die Initiative
ergriffen und versucht uns Jugendliche in Stellung zu bringen. Wir treten für den Schulstreik gegen die Schulwiederöffnungen ein! Wir wollen nicht nur Artikel schreiben und uns theoretisch mit den Inhalten auseinandersetzen, sondern uns in dort wo wir uns tagtäglich aufhalten – also in den Schulen, Unis
und Betrieben – organisieren und uns aktiv an Kämpfen beteiligen, um eine massenhafte Bewegung auf die Beine zu stellen.

Im dritten Teil unserer Serie durchleuchten wir die Parteien
die Linke und die SPD, also bleibt gespannt.

Das Querfront-Virus

Markus Lehner/Wilhelm Schulz: Gastbeitrag der Gruppe ArbeiterInnenmacht vom 12. Mai 2020

Als Mitte März in Deutschland die Lockdown-Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus begannen, schien zumindest die Notwendigkeit von Kontakteinschränkungen als zentrales Mittel zur Pandemiebekämpfung allgemein akzeptiert. Ebenso, dass so schnell wie möglich ein Impfstoff gefunden werden muss, um zur „Normalität“ zurückzukehren. Die hohe Geschwindigkeit der Ausbreitung und die Erfahrung mit dem zusammenbrechenden Gesundheitssystem in Ländern wie Italien machten deutlich, dass es dringend Handlungsbedarf gab. Sie enthüllte auch, wie lange die Regierungen praktisch aller Staaten die Gefahr einer Pandemie verharmlost hatten.

Dennoch kam es schon wenige Tage nach den ersten Einschränkungen zu Protestaktionen einer zunächst belächelten Gruppierung von „GrundgesetzschützerInnen“. Inzwischen hat sich diese zu einer neuen populistischen, rechten Welle ausgeweitet und präsentiert sich als angeblich radikale Opposition zu den „Eliten“. Dabei greift sie zwar reale Befürchtungen auf, zum Opfer einer globalen Wirtschaftskrise zu werden, und artikuliert auch Kritik an den Einschränkungen demokratischer Rechte – aber sie tut dies, indem sie dies mit einer wilden Mischung aus Populismus, rechter Ideologie, Verschwörungstheorie und irrationalistischer Leugnung der Gefahr des Corona-Virus verknüpft.

Auch wenn einige InitiatorInnen der Proteste ursprünglich aus Teilen der politischen Linken kamen, so wurde diese bei den Aktionen innerhalb kurzer Zeit marginalisiert. Wie die Demonstration am Berliner Alexanderplatz am 8. Mai z. B. zeigte, wurden einstige InitiatorInnen, die sich verspätet und mit einer gewissen Verzweiflung gegen

Nazi-Präsenz aussprachen, von ihren rechten AnhängerInnen mit Rufen wie „Volksverräter“ und „Spalter“ angegangen. Diese „Linken“ wirken wie politische Zauberlehrlinge, die nun die Geister nicht mehr loswerden, die sie riefen –, und die zu allem Überdruss in der Regel weiter die Rolle von Rechten, PopulistInnen und VerschwörungstheoretikerInnen verharmlosen.

Die Zauberlehrlinge

Einer der ersten Initiatoren des Protestes vor der Berliner Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz war der ehemalige TAZ-Journalist Anselm Lenz, der am 21. März in einer Kolumne der Online-Zeitschrift „Rubikon“
eben zum Widerstand gegen das „Notstandsregime“ aufrief. Wenig später war er dann auch nicht mehr TAZ-Redakteur – und auch die „Junge Welt“, für die er zuvor manchmal geschrieben hatte, distanzierte sich von ihm. Zwischen 2016 und 2018 befasste er sich regelmäßig in den Feuilletons mit der Lage an der Volksbühne, die in dem Zeitraum kurzzeitig besetzt wurde, damals gegen die neue Intendanz von Chris Dercon. Neben der Kritik an der Notwendigkeit einer hierarchischen Figur einer Theaterintendanz wurde auch dem vorherigen Intendanten Frank Castorf nachgetrauert. Auch letzterer wünscht sich einen „republikanischen Widerstand“ (Berliner Zeitung, 29.4.). Inzwischen distanzieren sich die ehemaligen VolksbühnebesetzerInnen vonbeiden.

Das Online-Magazin „Rubikon“, mit dem von den „Nachdenkseiten“ her bekannten Jens Wernicke an der Spitze, hat sich überhaupt zum „linken“ Sprachrohr derjenigen gemacht, die eine angebliche „Medieninszenierung“ entdeckt haben wollen, die eine Panik hervorrufe, auf deren Grundlage unsere Grundrechte angegriffen würden. Wir vertreten nicht die jetzt allgemein verbreitete Qualifizierung, dass dieses Magazin an sich schon eine „Querfront“ sei. Immerhin finden sich in den Artikeln klare Positionierungen gegen AfD, Nazis und rassistische/ausländerInnenfeindliche Migrationspolitik. Andererseits führt seine nebulöse Hauptlinie gegen „Neoliberalismus“ und die

allgemeine „Gleichschaltung der Medien“ zu einer Form der Kritik am „tiefen Staat“ und an der „Lügenpresse“, die sich offenbar leicht mit rechten Verschwörungstheorien in Verbindung bringen lässt – und damit tatsächliche Querfronten befördert.

Auch die „Nachdenkseiten“, mit dem alten SPD-„Linken“ Albrecht Müller, haben sich inzwischen in den Kanon des Kampfes gegen die „Medieninszenierung“ eingereiht – eine Verkürzung, die in ihrem Ursprungskampf gegen die Hartz-IV-Angriffe und die „Reformlüge“ noch eine fortschrittliche Richtung aufwies. Ironischer Weise wurde auch von Müller lange Zeit ausgerechnet Russland als Vorbild angeführt, wie eine vernünftige Regierung sich nicht von der Interessen geleiteten Panikmache beeinflussen lassen könne. Die Ausbreitung des Virus und die Politik des russischen Regimes haben dieses Märchen schnell mit der Realität konfrontiert. Umso schlimmer, dass an den lieb gewonnenen Einbildungen festgehalten wird.

Zu letzterem passt, dass „Russia Today“ (RT) zu den eifrigsten BerichterstatterInnen des „deutschen Widerstandes“ zählt und der für dieses Medium arbeitende Journalist Ulrich Gellermann durch besonders scharfe Kritik an der „Virus-Diktatur“ auffiel (siehe z. B. „In Zeiten der Virus Diktatur“, NRHZ). Natürlich wird von Gellermann „bewiesen“, dass RT zu den letzten VerteidigerInnen der Meinungsfreiheit in Deutschland gehöre und im Zusammenhang mit Berichten über die RT-Hetze die Russland-Feindschaft der deutschen Leitmedien deutlich würde. Die reaktionäre Seite der RT-Berichterstattung, die z. B. in der „Flüchtlingskrise“ deutlich wurde, als sie Rechten eine Plattform für ihre Hetze bot, wird geflissentlich übergangen oder verharmlost.

Interessant auch, dass verschiedene Teile der „Friedensbewegung“ und auch der „Freidenker“, für die Russland weiterhin ein Hort des Friedens und Fortschritts zu sein scheint, in Gellermann auch in der Corona-Frage wieder ihren Sprecher gefunden zu haben scheinen.

Dass diese VerteidigerInnen der „Demokratie“ ausgerechnet in einem Sender des russischen, imperialistischen Staates einen veritablen

Verbündeten ausmachen, ist kein Zufall. Es verweist vielmehr auf eine analytische und politische Fehleinschätzung, die sie und auch Teile der Friedensbewegung offen für Querfronten macht. In ihren Augen kennzeichnet die Weltlage eine fortgesetzte Blockkonfrontation zwischen einem aggressiven westlichen Imperialismus unter US-Führung mit einem „fortschrittlichen“ Lager um China und Russland. Der imperialistische Charakter dieser beiden Staaten wird ebenso vehement bestritten wie die Gegensätze zwischen den USA und den führenden EU-Mächten. Hinter dieser
angeblichen Hauptachse der Weltlage erscheinen alle, die sich gegen die wirkliche oder auch vermeintliche Dominanz von US-Kapitalen und ihren deutschen und anderen europäischen Vasallen wehren, als mögliche Verbündete im „Freiheits- und Friedenskampf“.

Ken Jebsen

Von oben angeführter bunter Ansammlung aus LinksreformistInnen, AltstalinistInnen oder kleinbürgerlichen SelbstdarstellerInnen sind eindeutig rechts stehende Figuren wie der Blogger und Ex-Rundfunkjournalist Ken Jebsen zu unterscheiden. Seinen Radio-Job verlor er wegen allzu offensichtlicher Verbreitung von Verschwörungstheorien. Auch wenn er sich anfangs als „demokratisch“ und vermeintlich links gerierte, so hatte sich Ken Jebsen spätestens seit der rassistischen Hetzjagd auf MigrantInnen in Chemnitz rechts positioniert. In einem ersten Beitrag hatte er rassistische Mobs noch verurteilt, doch nach einem Shitstorm seiner rechten HörerInnen entschuldigte er sich für diesen. Schon davor bot er dem AfD-Politiker Christian Blex, dem marktradikalen Hayek-Anhänger Markus Krall, der schon mal forderte, den Armen das Wahlrecht zu entziehen, und EIKE-KlimaleugnerInnen (Europäisches Institut für Klima & Energie) auf seinem Kanal eine Bühne.

Nunmehr ist sein YouTube-Kanal KenFM so etwas wie das inoffizielle Zentralorgan für deutsche VerschwörungstheoretikerInnen geworden: allein im April schoss seine Abonnentenzahl um 75.000 auf an die 450.000 in

die Höhe. Dabei verbreitet er nicht nur, dass die „Corona-Hysterie“ fabriziert werde, um einen lang vorbereiteten Angriff auf unsere Grundrechte durchzuführen (seine AnhängerInnen treten jetzt meist mit Hochhalten des Grundgesetzes in Erscheinung). Besonders vehement legt er inzwischen dar, dass die WHO praktisch von Bill und Melinda Gates und ihren MitkapitalistInnen übernommen worden wäre, um mithilfe der Medienpanik einen Impfzwang für ihre Pharmaprodukte zu erreichen. Ob dies dann nur wegen der Profitinteressen oder aus anderen Gründen (hier fällt auch das Schlagwort „Euthanasie“) geschieht, erschließt sich wahrscheinlich nur den VerschwörungsexpertInnen.

Diese „Theorie“ hat inzwischen die noch idiotischere Erklärung von der Verursachung von Corona durch 5G-Sendemasten abgelöst. Hier war doch
zu offensichtlich, dass das 5G-Mobilfunknetz auf einem Frequenzbereich arbeitet, der früher beim antennengebundenen Fernsehen üblich war. Wie viele Epidemien oder Gedankenwellenexperimente haben wir da wohl verpasst?

Das Beispiel Jebsens und seine Rolle verdeutlichen freilich, dass wir es mit dem Auftritt von Rechten bis zu AfD und NPD nicht mit einem Zufallsprodukt zu tun haben, sondern sich ein solches „Netzwerk“ längst vor den Protesten entwickelt hat. Die Übernahme und Dominanz der Aktionen durch das rechte Spektrum war kein Zufall, sondern im Voraus absehbar und entsprach der bestenfalls populistischen Stoßrichtung der AkteurInnen, die nur zu bereitwillig den rechteren, radikaleren Populismus eines Jebsen und anderer scheinbar „unabhängiger“ Rechter aufgriffen.

Der zunächst kleine Protest dieser GrundgesetzschützerInnen und VerschwörungstheoretikerInnen traf aber im Lauf des Aprils offenbar auf ein tatsächliches Bedürfnis. Die Auswirkungen des Lockdowns waren für viele Menschen schwerwiegend: ob sie um ihren Arbeitsplatz fürchten, ihr kleines Geschäft schließen mussten oder ob sie ganz einfach mit der Betreuung der Schul- oder Kita-Kinder allein gelassen sind. Nachdem die Ausdehnung des Lockdowns immer unabsehbarer wurde, wuchsen natürlich

auch Zweifel. Trotz ausführlicher Berichterstattung in den Medien waren plötzlich auch wieder die „Alternativquellen“ in den Tiefen des Netzes begehrt (wie schon bei den diversen „Flüchtlings“/„Islamismus“-Krisen). Da diesmal sowohl Linkspartei als auch AfD zunächst der Linie des Lockdowns folgten, wurden genannte Plattformen zu einem Anziehungspunkt für alle möglichen an der Situation Verzweifelten bzw. Zweifelnden. Dazu fanden sich dann für die „alternativen Meinungen“ auch die notwendigen „ExpertInnen“, die die Wissenschaftlichkeit der Erklärungen vom Robert-Koch-Institut (RKI) oder anderen etablierten VirologInnen in Frage stellten.

Wissenschaftsfeindlichkeit und Irrationalismus

Eine wichtige Rolle spielte dabei der Arzt und ehemalige SPD-Abgeordnete Wolfgang Wodarg, dessen Äußerungen als zentraler Beleg für „wissenschaftliche Zweifel“ an der „Panikmache“ fungieren. Seine Interviews, z. B. mit KenFM, erzielen Rekordwerte an Reichweite. Tatsächlich ist der inhaltliche Gehalt seiner „Kritik“ dürftig. Seine Behauptung, dass „das Corona-Virus“ schon lange bekannt gewesen wäre und
nur durch die Testverfahren jetzt aufgefallen sei, ist sogar blanker Unsinn. Einerseits sind natürlich Corona-Viren als „Erkältungsviren“ bzw. im Zusammenhang mit der ersten SARS-Epidemie lange bekannt. Dass aber das in Wuhan aufgetretene neue Virus ohne die Tests nicht aufgefallen wäre, ist schon erstaunlich angesichts der offensichtlichen Übersterblichkeit (also der statistisch eindeutigen, mehrere Größenordnungen überschreitenden Todeszahlen gegenüber „normalen“ im selben Zeitraum) erst in China, dann in Italien und schließlich auf der ganzen Welt. Die Vergleiche mit „normalen Grippewellen“ sind angesichts der weltweiten Todeszahlen und der fehlenden Impfstoffe (gegenüber den diesjährigen Grippeviren) auch inzwischen nur noch lächerlich.

Peinlich wurde es, als er den EntwicklerInnen des heute gängigen Tests vorwarf, die notwendigen Verfahren nicht eingehalten zu haben, und

gar nicht klar sei, ob die als infiziert gemeldeten Personen tatsächlich an dem zu Covid-19 führenden Virusstamm erkrankt seien. Dumm nur, dass die Verfahren zur Testgewinnung vollkommen transparent ins Netz gestellt wurden und von keinem/r der überprüfenden VirologInnen ernsthafte Zweifel an der Gültigkeit geäußert wurden. So könnte man noch lange fortfahren – und in den Erklär-Videos von Harald Lesch bis zu den fast täglichen Daten, die Christian Drosten per Twitter liefert, können detailliert die Widerlegungen dieser Falschdarstellungen nachgelesen werden.

Ähnlich wie bei den LeugnerInnen des menschengemachten Klimawandels wird dies jedoch keine/n der „Corona-SkeptikerInnen“ überzeugen – diese WissenschaftlerInnen gehören ja zur „Medienverschwörung“. Wichtig ist ihnen nur, „ihren Experten“ vorweisen zu können. In seinem Gefolge tummeln sich dann etliche Hobby-ExpertInnen, die statistisch „nachweisen“, dass die Sterblichkeit an Corona vom RKI völlig falsch dargestellt wird oder die Voraussagen alle so nicht eingetroffen seien, dass die Sterblichkeit in Italien wegen irgendwelcher Umwelteinflüsse besonders hoch sei etc.

Vor allem die verharmlosende Darstellung als eine „etwas stärkere Grippewelle“ verkennt das Wesen und die Gefahr einer weltweiten Epidemie, deren Ausbruch nicht verhindert werden konnte, völlig. Die historischen Beispiele, wie die spanische Grippe, zeigen, wie schnell Gesundheitssysteme zusammenbrechen können und die Infektion in Wellen mehrfach um den ganzen Globus schwappen kann. Wenn es nicht gelingt, die Infektionsrate und die Erkennung von Infektionsketten in den Griff zu bekommen, also die Reproduktionsrate der „aktiv Infizierten“ nachhaltig zu begrenzen, droht ein unkontrollierbarer Ausbruch mit exponentiellen Wachstumsraten. Lässt sich der dann nicht auf ein bestimmtes Gebiet beschränken, hilft nur ein Lockdown. Die statistischen und medizinischen Gründe für Schutz- und Hygienemaßnahmen, die Notwendigkeit von permanenten massenhaften Tests und der möglichst raschen Entwicklung eines Impfschutzes sind rational nicht anzuzweifeln.

Die Argumentationen der weltweiten ExpertInnen auf diesem Gebiet

widersprechen sich hier nicht und sind jedem/jeder wissenschaftlich halbwegs Gebildeten auch klar verständlich nachprüfbar. Im Gegenteil: Die auf den wissenschaftlichen Plattformen veröffentlichten Ergebnisse lassen vermuten, dass die Bedrohung durch die Pandemie sehr viel größer ist, als dies PolitikerInnen und Medien hierzulande darstellen! Die ökonomischen Interessen, die zur Abschwächung der Pandemiemaßnahmen drängen, sind offensichtlich. Schon beim Anlaufen der Maßnahmen wurden viele nicht lebensnotwendige Arbeitsprozesse fortgesetzt, trotz eindeutiger Infektionsgefahr. Die Zustände auf den Schlachthöfen stellen hier nur die Spitze des Eisbergs dar. Schul- und Kita-Schließungen erfolgten viel zu spät, genauso wie sie jetzt überhastet wiedereröffnet werden. Die Warnungen der VirologInnen wurden tatsächlich in der Öffentlichkeit immer mehr in den Hintergrund gedrängt, während von Politik und Medien ein Wiedereröffnungs-Hype betrieben wird.

Dazu passt die Episode der sogenannten „Heinsberg-Studie“. Abgesehen davon, dass das politische Versagen rund um die Eindämmung des Ausbruchs in diesem Landkreis tatsächlich untersucht werden muss, handelt es sich bei dieser Studie nur um virologische Auswertungen des Infektionsverlaufs. Darauf aufbauend wurden einige statistische Aussagen zur möglichen tatsächlichen Zahl der Infizierten und zur gruppenspezifischen Sterblichkeit gemacht. Aussagen über die viel größere Zahl, die Corona bereits durchlaufen hätten, und die damit auch viel geringere Sterblichkeit machten daraufhin die Runde – sowohl in den Verschwörungstheorieblogs als auch bei den interessierten PolitikerInnen des „Establishments“. Legendär der Auftritt des NRW-Ministerpräsidenten Laschet bei der ersten Präsentation der Studie, die zur reinen Propaganda für mehr Öffnungen wurde. Inzwischen wurde an ihr scharfe Kritik in Bezug auf die unzureichende statistische Basis, die fehlende Angabe von Varianzen und offensichtliche rechnerische Ungenauigkeiten geübt (Spiegel, 7.5.). Die VerfasserInnen der Studie betonten in ihrer Reaktion, dass sie für die falsche Interpretation ihrer Ergebnisse nicht verantwortlich seien. Doch das Kind war da schon in den Brunnen gefallen. Die Verbreitung der Ergebnisse der Studie in dieser „Interpretation“ war hoch professionell von der Medienagentur

Storymachine GmbH, deren Hauptfinanzier der Allianzkonzern ist, genau so betrieben worden. Ohne hier eine Gegenverschwörungstheorie erzählen zu wollen – offensichtlich gab und gibt es auch in Bezug auf die Verharmlosung der Gefahren eine starke Medienpolitik, die sich auf jeden Fall auf klar erkennbare wirtschaftliche Interessen stützt. Das zeigt sich auch darin, dass die rechten, kleinbürgerlichen und unternehmerischen Parolen der „Querdenker"-Demos in Stuttgart auch von den UnternehmerInnenverbänden aufgegriffen wurden, die dem Volk nicht länger ihre Dienste und Waren vorenthalten wollen. Wer am Stuttgarter Wasen eng für die Öffnung der Gastronomie und Läden zusammensteht, rückt
auch leichter auf der Arbeit eng zusammen und mosert nicht wegen der Nichteinhaltung „kleinlicher" und kostspieliger Hygiene- und Arbeitsschutzvorschriften.

Die verständliche Verzweiflung vieler Menschen über ihre Lage lässt einige offenbar empfänglich werden für irrationale, wissenschaftsfeindliche Verschwörungstheorien. Aus welchem Eck die KritikerInnen der „Virus-Diktatur" zunächst auch immer kamen – Ende April nahm der Protest merklich an Fahrt auf und ging über die Blase im Netz hinaus in höhere physische Beteiligung an Kundgebungen über. Rechtzeitig bemerkte auch die organisierte Rechte, dass hier eine Chance für den Protest gegen die „herrschenden Eliten" zu ergreifen ist. Nicht nur einzelne AfD-PolitikerInnen und Parteigliederungen schlossen sich an. Auch organisierte Neo-Nazis, insbesondere die „Identitäre Bewegung" riefen nun zur aktiven Beteiligung auf. Der Sprecher der Identitären, Martin Sellner, ruft offen zur Unterstützung von „Widerstand 2020" auf. Auch wenn er nicht mit allem übereinstimmt, so hätte er interessante Gespräche mit dem Sprecher von „Widerstand 2020", dem Arzt, Corona-Leugner und „Patrioten" Bodo Schiffmann geführt. NPD- und Pegida-Größen erscheinen auf den Kundgebungen der „GrundgesetzschützerInnen", die von alldem nichts bemerkt haben wollen. Mehr und mehr wurden die Demos von rechten Vereinen wie z. B. „Zukunft Heimat" übernommen. Dass organisierte Rechte dann auch physisch zum Angriff auf die „Lügenpresse" übergehen, ist weiterer Ausdruck des

drohenden Eskalationspotentials.

Dass Martin Sellner, der Kopf der Identitären Bewegung, hier die Möglichkeit sieht, eine breite Bewegung gegen die „herrschenden Eliten“ zu inszenieren und endlich ein massenhaftes Protestpotential zu erreichen, ist nicht verwunderlich. Dass die erwähnten „Linken“ dies als Nebenpunkt ihres an sich so berechtigten Protestes sehen und die Hervorhebung der rechten Unterwanderung als weiteres Element der „Medienmache“ abtun, diskreditiert sie allerdings nun vollständig. Die Querfrontvorwürfe mögen für diese Milieus bisher überzogen gewesen sein – davon kann jetzt keine Rede mehr sein.

Ein Blick in die Geschichte

Dazu auch noch einmal die Erinnerung an die verhängnisvolle Geschichte der Querfront von Nazis und KommunistInnen in der Weimarer Republik. Anders als es von interessierten Kreisen heute dargestellt wird, handelte es sich hier nicht um ein zwangsläufiges Zusammengehen von linken und rechten Demokratiefeinden. Es geht vor allem um zwei Ereignisse: den Volksentscheid zum Sturz der preußischen Regierung 1931 und den Streik der Berliner Verkehrsbetriebe 1932. Ersterer wurde von verschiedenen rechtsextremen Parteien als Angriff auf die letzte SPD-Hochburg eingeleitet. Die KPD beschloss, für den Sturz der Regierung zu stimmen, aber eine getrennte Kampagne für einen „roten Volksentscheid“ zu führen. Beim Verkehrsbetriebe-Streik wiederum ließ sie es zu, dass rechte Delegierte im Streikkomitee zusammen mit den KPD-Delegierten die SPD-Mehrheit brachen, um den Streik zu ermöglichen.

In beiden Fällen handelte es sich nicht um eine organisatorische Zusammenarbeit mit den Nazis (tatsächlich bekämpfte man sich auf der Straße weiterhin blutig), sondern darum, „zufällig“ in derselben Aktion auf derselben Seite zu stehen. Von der KPD-Führung wurde dies einerseits als Element der „Einheitsfront von unten“ (die offenbar punktuell auch ArbeiterInnen umfassen könne, die sich bei den Nazis verirrt hatten), als auch damit begründet, dass die SPD als „sozialfaschistische“ Stütze des Brüning-Regimes derzeit die Hauptfeindin sei.

Beides hat sich als verhängnisvolle Fehleinschätzung erwiesen. Gestärkt wurden nur die Nazis, die sich so auch als KämpferInnen gegen bürgerliches Establishment und die sozialdemokratischen VeräterInnen präsentieren konnten. Noch viel folgenschwerer war, dass diese Politik die sozialdemokratischen ArbeiterInnen in die Hände ihrer verräterischen FührerInnen trieb und immer weniger von ihnen für eine Einheitsfront gegen den Faschismus gewonnen werden konnten.

Charakter des Protests

Ob die ursprünglichen OrganisatorInnen des Corona-Protests es nun wollten oder nicht: Dass sie in einer Reihe mit RechtsextremistInnen und FaschistInnen stehen – die Tatsache, dass sie die Präsenz dieser Elemente auf ihren Aktionen verharmlosen, selbst Scharnierfiguren wie Ken Jebsen hofierten und nie für die Entfernung der Rechten eintraten, verlieh ihrer Politik von Beginn an den Charakter einer Querfront. Doch mit der Verschiebung des Kräfteverhältnisses auf den Demonstrationen, mit dem immer stärkeren Einstieg der Rechten, kann eigentlich von einer „Querfront“, von einem mehr oder minder organisierten Zusammenkommen verschiedener Kräfte nicht mehr gesprochen werden. Diese „Linken“ sind das geduldete Beiwerk, die nützlichen IdiotInnen rechter Mobilisierungen, die von Rechtspopulismus bis zum Rechtsradikalismus reichen.

Auch die Tatsache, dass jetzt viele „normale Menschen“, viele „Betroffene“ da sind, die doch „nicht alles Nazis“ sein können, macht die Sache nicht besser. Im Gegenteil – unter den gegebenen Kräfteverhältnissen können solche Mobilisierungen nur in die Hände der Rechten spielen. Es ist wichtig, das Potential für eine neue Stufe der rechten Organisierung durch diese Bewegung zu verstehen. Gerade die Verzweiflung über drohende ökonomische Folgen, speziell im kleinbürgerlichen Bereich und unter den Mittelschichten, macht solche Bewegungen um irrationale Verschwörungstheorien und kleinbürgerliche Pseudo-Rebellion so gefährlich. Verkürzte Kapitalismuskritik (wen wundert es, dass im Kapitalismus die großen Kapitale gestärkt aus Krisen

hervorgehen, während die kleinen untergehen), Verschwörungstheorien über Mächte im Hintergrund, die einen an sich guten Staat und eine Wirtschaft für die Fleißigen, in ein böses neo-liberales System mit autoritärer Herrschaftsausübung umwandeln würden,etc. – dies führt allerdings direkt auch in die ideologische Querfront und über diese nach rechts. Von der Gates-Einmischung ist es strukturell nicht mehr weit zur Entdeckung einer neuen jüdischen Weltverschwörung. Schon jetzt muss man viele Elemente der Corona-SkeptikerInnen daher als strukturell antisemitisch benennen. Das Aggressionspotential, das hier aufgebaut wird, muss sich jedenfalls eine Feindgruppe suchen, von der die Menschheit befreit wird, um die „Freiheit“ wiederherzustellen.

Es ist daher mehr als angebracht, sich entschieden gegen diese rechten Mobilisierungen zu stellen. Aktionen wie „Reclaim Rosa-Luxemburgplatz“, durch die die Hygienedemo ihres ursprünglichen Protestplatzes beraubt wurde, sind daher ein erster richtiger Schritt. Natürlich stehen Demonstrationen und Widerstandsaktionen heute immer unter den besonderen Bedingungen der Corona-Gefahr und des Gesundheitsschutzes. Auch die Konfrontation mit Nazis erscheint damit als Widerspruch für diejenigen, die die Bedrohung durch die Pandemie ernst nehmen. Es ist jedoch eine Frage der Abwägung, so wie politisches Agieren immer mit Risiken verbunden ist. Wir müssen daher unsere Antworten auf die Corona-Krise und den Kampf gegen die Einschränkung demokratischer Rechte mit dem Aufstehen gegen rechts verbinden.

Die Anerkennung der realen Gesundheitsgefahr muss, ja darf keineswegs mit einem „Schulterschluss“ mit Regierung und Unternehmen einhergehen. Im Gegenteil: Die Kritik an der mit Corona betriebenen Politik ist mehr als gerechtfertigt und dringend notwendig. Die überlasteten privaten Gesundheitssysteme müssen unter ArbeiterInnenkontrolle verstaatlicht, die medizinische Forschung zur Überwindung des Virus muss unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt, das Wiederanlaufen von Arbeitsstätten, Kitas oder Schulen darf nicht der UnternehmerInnen- und Regierungswillkür überlassen, der Kampf muss gegen alle Entlassungen, für Fortzahlung der vollen Löhne und Transferleistungen für alle geführt

werden. Eine solche, wirksame und reale klassenkämpferische Politik gegen Regierung und Kapital ist ohne Kapitalismuskritik und ohne unzweideutige Abgrenzung gegen eine rechte Scheinopposition nicht möglich.

Das bedingungslose Grundeinkommen – Die Rettung in Corona-Zeiten?

Anthropoi Philia

Die prekäre Lage, in die viele durch die Corona-Pandemie gebracht wurde, hat die Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen (im Folgenden: BGE) wieder neu entfacht. Auf den ersten Blick klingt das auch erst einmal nach einer vernünftigen, fast sogar linken Idee. Machen, was man möchte und für egal, was es auch sein mag, Geld dafür bekommen? An sich ist das Konzept des BGE ein staatlich ausgezahlter Betrag, den jede Person erhält, egal ob man von seinem Erbe lebt oder auf der Straße.

Viele linke Kräfte positionieren sich hinter diesem Konzept. Andrew Yang trat damit in den USA zur Präsidentschaftswahl an und in der deutschen Partei „die Linke“ wurden bereits 3500 Unterschriften für eine Mitgliederabstimmung gesammelt, um sich als Partei hinter eine Variante des bedingungslosen Grundeinkommens zu stellen, wobei auch ATTAC sich für ein BGE einsetzt. Doch woher kommt das Geld und wie hoch wird es angesetzt? Da gehen die Modelle schnell in verschiedene Richtungen und das erst so einfach klingende Konzept wird zu einem, welches von ziemlich vielen Bedingungen und Voraussetzungen abhängt. Und leicht vergisst man bei all den tollen Phantasien vom selbstbestimmten Menschen mit 1000€ jeden Monat (aktueller Vorschlag in der LINKEN), dass damit Gewerkschaften

geschwächt und Lohndumping betrieben werden kann. Unternehmen können weiter Niedriglöhne zahlen, die durch das aus Steuern finanzierte BGE ausgeglichen werden. So können sie an den Löhnen sparen, höhere Profite erwirtschaften und noch dazu sichergehen, dass die Kaufkraft der Lohnabhängigen nicht sinkt. Die Lohnabhängigen finanzieren dagegen aus ihren eigenen Steuern staatliche Unterstützung anstatt den Unternehmen einen höheren Lohn für ihre harte Arbeit abzuverlangen.

Aber blicken wir erst mal in die Vergangenheit und entdecken, dass quer durch das politische Feld das Thema aufgegriffen wurde. Erste praktische Experimente gab es schon in den 70ern in den USA unter Richard Nixon sowie in Kanada. Diese Experimente zeigten hauptsächlich, dass sich kaum etwas bei den unterstützten Bürger_Innen änderte, was allerdings möglicherweise auf die geringe Höhe der Unterstützungen zurückzuführen ist. Nachdem Nixon das Projekt fallen ließ, verschwand es auch erst einmal von der politischen Bildfläche.

Aus diesem Winterschlaf weckte das BGE, nach ein wenig Aufschwung für die Idee in den 2000ern, ein Experiment unter der rechtskonservativen Regierung in Finnland. Daneben gab es auch Feldstudien in Namibia, Uganda, Indien und Kenia. Diese Studien und Experimente kamen im globalen Norden zumeist von liberaler Seite, im globalen Süden sind es oft NGOs, die dort mit relativ geringen Summen Feldstudien durchgeführt haben. Aber auch wenn diese Experimente das Thema vermehrt wieder ins Gespräch bringen, so können sie nur schwer Einblick in eine realistische Praxis bieten, da ihre Laufzeiten begrenzt und das gesamtgesellschaftliche Klima dadurch weitestgehend unberührt bleibt. Was allerdings klar wird, ist, dass nicht nur linke Kräfte sondern auch konservative und neoliberale Vertreter von Kapitalinteressen ein Auge auf das Konzept geworfen haben und sich Chancen ausrechnen, damit an Löhnen und Steuern zu sparen.

So verschieden wie diejenigen, die ein BGE gutheißen, auch sind, so sind es auch die Vorschläge der Finanzierung und der Bedingungen, die an die Umsetzung geknüpft werden. Auf der einen Seite wird die Finanzierung durch massiv erhöhte Mehrwertsteuern vorgeschlagen (je nach Höhe des BGE ungefähr 100-150 %), gleichzeitig sollen im Sinne vielen BGE-

Vertreter_Innen (z.B. Götz Werner) dazu nahezu alle anderen Steuern nach und nach abgeschafft werden. Dieses Modell ist eher ein Angriff auf die arbeitende Bevölkerung, da die Mehrwertsteuer untere Einkommensschichten, relativ betrachtet, stärker als höhere belastet. Dass die Abschaffung der anderen Steuern nur den Besserverdienenden zu Gute kommt, ist offensichtlich.

Auf der anderen Seite gibt es die Finanzierung durch eine (negative) Einkommensteuer. Im Konzept der negativen Einkommensteuer gibt es den Vorschlag eines einheitlichen Steuersatzes von neoliberaler Seite. Dieser ist auch bloß ein Tauschvorschlag, der für eine Untergrenze der Armut, die jegliche andere Umverteilung von oben nach unten abschafft, plädiert. Im Gegensatz dazu bieten die linken Modelle meist einen Steuersatz mit Vermögensteuer oder Transaktionssteuer angepassten Steuersatz.

Doch auch wenn man sich auf linke Modelle stützt, ergeben sich Probleme: So öffnet es Neoliberalen und Konservativen weiterhin die argumentative Tür für die Reduzierung der anderen Sozialleistungen, wie zum Beispiel einer weiteren Reduzierung des Arbeitslosengeldes auf das Niveau des BGE. Außerdem besteht die Gefahr, dass der Versuch einer gerechteren Verteilung mit dem BGE durch erhöhte Lebensstandardkosten untergraben werden könnten. Und wie bereits eingangs erwähnt, schwächt es den Arbeitskampf der Gewerkschaften. Die Vorschläge für ein bedingungsloses Grundeinkommen können bestenfalls als schwächlicher Versuch gewertet werden, im Kompromiss mit dem Kapital den Kapitalismus über die eine oder andere Krise zu retten.

Unsere Alternative ist ein Mindesteinkommen, der an den Arbeiter_Innen-Durchschnittslohn und Inflation gekoppelt ist. Das klingt kompliziert, ist aber eigentlich ein einfaches Konzept: Finanziert und umgesetzt werden muss er durch eine Progressivsteuer. Das ist eine Steuer, die mit steigendem Einkommen ebenfalls steigt und mit zu geringen Einkommen sogar negative Steuern ausschüttet. Über eine solche Progressivsteuer wäre es möglich, die Gehälter anzugleichen, den Gewerkschaften frischen Wind in die Segel zu spielen und der größer werdenden Ungleichheit in unserer Gesellschaft entgegenwirken. Gerade jetzt zu Zeiten von Corona wird klar, wie nah die

Interessen der Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Geflüchteten beieinander stehen und der Kapitalismus zeigt noch deutlicher seine brutalen Mechanismen.

Wir befinden uns in einer weiteren Krise des Kapitalismus. Durch eine Pandemie verlieren unzählige Arbeiter_Innen kurz- oder sogar langfristig ihre Existenzgrundlage, gerade kleine Unternehmen stehen schnell vor dem Bankrott während andere Milliardengewinne einfahren (siehe z.B. Amazon), welche skrupellos Löhne drücken und ausbeuten bis zum Umfallen. Wir müssen in zentralen Aktionstagen und politischen Streiks Druck auf die Gewerkschaften ausüben, die vor dem kapitalistischen Konkurrenzbruch den Schwanz einklemmen (Revo berichtete). Es gilt, die Debatten in der arbeitenden Klasse zu führen und aufzuzeigen, wie die Macht der Konzerne und Milliardär_Innen nichts als Kartenhäuser sind, welche schnell durch Organisation und Solidarität derer zusammenfallen, die sie versuchen, gegeneinander auszuspielen. Nicht das BGE wird uns aus der Corona-Krise retten, sondern Klassenkampf und internationale Solidarität!

Aufruf zum Schulstreik gegen die Öffnung der Schulen!

in Unterstützung des #Schulboykott

Am 14. Mai (14.05.) 2020 um 10 Uhr, also nächste Woche
Donnerstag, rufen die internationalistische, kommunistische Jugendorganisation **REVOLUTION**
und die antikapitalistische Schulgruppe „**Lessing Wird Politisch**“ auf,
gemeinsam gegen die Schulöffnungen vor der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend
und Familie (am Alexanderplatz) auf die Straße zu gehen.

Die frühzeitige Öffnung der Schulen ist ein **unverantwortlicher** Akt, der die Gesundheit von unzähligen **riskiert** und eine zweite Welle der Pandemie provoziert. Auch wenn die Chancen-ungleichheit des E-Learnings in den Vordergrund gestellt wurde, machen der überhastete Beschluss und die Durchführung klar, dass durch diese Entscheidung ein **rein wirtschaftliches Interesse** erfüllt wird. Die Schüler_Innen der Abschlussklassen sollen um jeden Preis ihre Prüfungen bewältigen um dem Arbeitsmarkt zu Verfügung zu stehen. Gleichzeitig können mehr Eltern protestlos die Arbeit wieder aufnehmen, desto mehr Schüler_Innen in die Schule zurückgeschickt werden. Dabei werden die **Warnungen** seitens Virolog_Innen in den Wind geschlagen und **Sicherheitsmaßnahmen** nicht zureichend umgesetzt. Wir müssen diese Entscheidung auch im Zeichen der **kommenden Wirtschaftskrise** sehen, als eine in einer Reihe von vielen Entscheidungen, die erneut die Schicksale tausender der Rettung der Wirtschaft und damit dem Interesse einiger Weniger, opfern. Generell und schon gar nicht dafür wollen wir Schüler_Innen in die Schule gehen und krank werden, nur um das Virus dann erneut in der Gesellschaft zu verbreiten, unsere Liebsten **anzustecken** oder selbst krank zu werden. Wir möchten nicht für eine zweite Welle des Virus mit **verantwortlich** sein. Statt uns einfach zurück in die Schule zu schicken sollte zusammen mit Schüler_innen und Lehrkräften das E-Learning besser ausgebaut werden – zukünftig und auch heute sollte uns **mehr Mitsprache** im Lehrplan, der Unterrichtsgestaltung und natürlich bei wichtigen Themen wie der Schulöffnung während einer Pandemie gegeben werden.

Außerdem muss allen Schüler_Innen der Zugang zu lehr- und technischen Mitteln

garantiert werden, um sich in vollem Umfang am Unterricht daheim oder in der
Schule zu beteiligen.

Deswegen ist unsere Antwort **Streik** – denn nur mit
einem Streik können wir den Druck aufbauen, den es braucht um diese Entscheidung zu kippen und Forderungen für einen besseren Schulalltag während
und nach der Pandemie durchzusetzen. Der Schulboykott setzt dabei einen guten
Anfang, doch braucht es für den nötigen Druck die Mithilfe der arbeitenden Bevölkerung, eben die Ausweitung zu einem Streik.

Daher fordern wir:

- die Rücknahme der überhasteten Schulwiedereröffnung. Die Gewerkschaft GEW, Vertreter_Innen der Lehrer_Innen, Schüler_Innen, Eltern unter Beratung von Virolog_Innen – nicht Schulbehörden, Staat oder sog. „Expert_Innen“ müssen darüber entscheiden, wann die Schulen eröffnet werden oder nicht.
- die Ausstattung aller Schüler_Innen mit kostenlosen digitalen Endgeräten um die individuelle Teilnahme an den E-learningangeboten zu gewährleisten, sowie kostenloser Internetzugang.
- die freiwillige Versetzung aller Schüler_Innen in die nächsthöhere Klassenstufe.

- Absage aller
  Abschlussprüfungen an allen Schultypen und Anerkennung des Abschlusses
  für alle Schulabgänger_Innen (Abitur, andere Abschlussprüfungen).
  Abschaffung des Numerus Clausus (NC) an den Universitäten und freier
  Zugang zur Uni für alle AbgängerInnen.
- freiwillige Nachhilfe und
  Unterricht in Kleingruppen, für leistungsschwächere Schüler_Innen,

oder solche,
die das Gefühl haben nicht gut mitzukommen.

Also schließt euch uns am
Donnerstag, den **14.05.2020** um **10 Uhr** vor der **Senatsverwaltung** für Bildung, Jugend und Familie zu einer Kundgebung an.

Bernhard-Weiß-Straße 6
(am Alexanderplatz)

Liebe Grüße und wir freuen uns darauf euch mit uns auf der Straße zu sehen!

REVOLUTION und Lessing Wird Politisch

Gut genug für die Notbetreuung aber nicht für eine gerechte Bezahlung

Interview mit
einer Kindheitspädagogin

Für die viel
gelobten „systemrelevanten Berufe“ gab es bisher nicht viel mehr als ein bisschen müden Applaus vom Balkon oder aus Merkels Homeoffice. Wir sprachen mit Clara (Name von der Redaktion geändert), einer Kindheitspädagogin aus Berlin, um zu erfahren, was eigentlich in der Kinderbetreuung abgeht und wie sich ihr Arbeitsalltag durch Corona verändert hat.

REVO: Hey Clara,

vielen Dank, dass du dir die Zeit nimmst, mit uns zu sprechen. Vielleicht kannst du zum Anfang einmal kurz beschreiben, wie die allgemeine Situation in der Kinderbetreuung so aussieht?

Clara: Gerne! Seit dem 1. August 2013 hat jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr in Deutschland einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz, der von Kindergärten, Kinderläden und Kindertagespflegepersonen zur Verfügung gestellt werden soll. Dort werden tausende Kinder tagtäglich von pädagogischen Fachkräften, welchen, die es noch werden wollen und Quereinsteiger_Innen betreut, damit sie im sozialen Miteinander lernen und sich bestmöglich entwickeln können, Bildungsungleichheiten ausgeglichen werden sollen und Eltern ihren Erwerbstätigkeiten nachgehen können.

So stellt es die Theorie jedenfalls dar. Dass es in der Praxis häufig ganz anders aussieht, wird immer wieder versucht in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Situation für Kinder und Fachkräfte ist oft ziemlich belastend. Mehr als 90 % mussten in den vergangenen 12 Monaten zumindest zeitweise mit einer bedenklichen Personalunterdeckung arbeiten. 94 Prozent der Kitas haben nach Angaben der befragten Leitungskräfte für unter dreijährige Kinder eine Fachkraft-Kind-Relation, die hinter der wissenschaftlichen Empfehlung von 1 zu 3 zurückbleibt. Die Personalsituation in deutschen Kitas ist also dramatisch. Abstriche bei der Förderung und erhöhte Haftungsrisiken sind die Folgen.

REVO: Hast du denn das Gefühl, dass diese Missstände von der Regierung in Angriff genommen werden?

Da ich davon praktisch nicht viel merke, habe ich mal im Internet nachgeschaut. In den Lageberichten auf den Seiten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist die Rede vom lobenswerten Anstieg der

Betreuungszahlen und der auf den Weg gebrachten Gelder und Projekte.

Das, was dort steht,
ist jedoch fernab der tatsächlichen Realität. Mal abgesehen davon, dass das Augenverschließen vor den Tatsachen schon schlimm genug ist, spielt dieser Umgang mit der kritischen Situation auch die Lage der Kinder und Fachkräfte in der frühkindlichen Betreuung extrem herunter. Diese vorherrschenden Rahmenbedingungen in der Kinderbetreuung bürgen erhebliche Risiken, da unter anderem das Empfinden von Stress enorm ansteigt, was die Entwicklung der Kinder sehr beeinträchtigen kann. Eine individuelle Förderung jedes Kindes kann unter den derzeitigen Bedingungen in vielen Einrichtungen nicht gewährleistet werden.

**REVO: Deine Berufsbezeichnung heißt ja genau genommen „Kindertagespflegeperson“.
Was hat es damit auf sich? Sind die Arbeitsbedingungen in diesem Bereich besser?**

Angesichts der
zugespitzten Lage in vielen Kitas ist es für manche Eltern ein ziemlicher Lichtblick, wenn sie einen Betreuungsplatz bei einer sogenannten „Kindertagespflegeperson“ erhalten können. In diesem Modell werden maximal fünf Kinder von einer Person bzw. maximal zehn Kinder von zwei Kindertagespflegepersonen im Verbund betreut. Im Vergleich zu Kitas mit bis zu 200 Kindern klingt das sehr harmonisch und familiär.

Aber auch hier wird
dabei außer Acht gelassen, dass der von frühpädagogischen Expert_Innen empfohlene Betreuungsschlüssel von Kindern unter drei Jahren generell bei eins zu drei liegt. Um eine durchgehend qualitativ hochwertige Bildung und Erziehung zu gewährleisten, dürften auf eine Tagespflegeperson eigentlich nur drei Kinder kommen. Da in den meisten Fällen Kindertagespflegepersonen

selbstständig tätig sind, obliegt ihnen die freie Wahl, wie viele Kinder sie betreuen wollen. Rein theoretisch hätten sie also die Möglichkeit im Wohle des Kindes zu entscheiden und durch eine geringere Betreuungszahl eine bestmögliche Entwicklungsumgebung zu gestalten.

REVO: Doch vermutlich liegen auch in diesem Sektor Theorie und Praxis weit auseinander richtig?

Genau, das wollte ich auch gerade sagen (lacht). Kindertagespflegepersonen werden in Berlin nicht nach Tarif des öffentlichen Dienstes bezahlt, sondern pro Betreuungsplatz, den das Jugendamt durch sie an Familien vermitteln kann. Das Einkommen, welches wir aus unserer selbstständigen Tätigkeit gewinnen, ist also davon abhängig, wie viele Kinder wir betreuen. Für ein Kind, welches bis zu sieben Stunden in einer Kindertagespflege betreut wird, wird in Berlin ein „Betreuungsentgelt“ von 467€ gezahlt. Seit dem 1.01.2019 wird zusätzlich pro Kind und Monat ein Betrag von 46€ ausgezahlt, um die pädagogische Vor- und Nachbearbeitungszeit zu entlohnen. Hinzu kommen noch 220€ „Sachkostenpauschale“ pro Kind, welche für die Verpflegung, Materialbeschaffung und anderweitige Ausgaben zur Verfügung stehen, aber nicht als Gehalt gerechnet werden können.

So beträgt also das Gehalt für eine Kindertagespflegeperson in Berlin, welche 5 Kinder von Montag bis Freitag jeweils 7 Stunden betreut 2565€ (brutto). Bei einer reinen Betreuungszeit von 35 Stunden pro Woche würde das einem Stundenlohn von 16,65€ entsprechen. Zieht man nun noch Steuern und Beiträge für die Sozialversicherungen ab, bleibt ein Netto-Gehalt von 1586,58€.

Eine Kindertagespflegeperson ist aber neben der Bildung und Erziehung der

ihr anvertrauten Kinder, was die Entwicklungsdokumentation und das Vorbereiten und Durchführen von Elterngesprächen beinhaltet, auch für den Einkauf, das Kochen, das Putzen und die Buchhaltung zuständig. Diese Aufgaben können nicht parallel zur Kinderbetreuung durchgeführt werden und müssen in der Vor- und Nachbereitungszeit bewerkstelligt werden. Diese findet aber nur in geringem Maße Berücksichtigung in der Bemessung der Entgelte. Würde man die Rechnung nun, unter Beachtung der zusätzlich anfallenden Aufgaben und dem damit einhergehenden Zeitaufwand von mindestens 5 Stunden pro Woche berechnen, ergäbe sich ein Brutto-Stundenlohn von ca. 14,57€.

In Berlin werden die Kindertagespflegepersonen dazu angehalten, vorrangig Kinder im Alter von 0-3 zu betreuen. Der Bedarf an Pflege, Hilfestellung und Zuwendung ist in diesem Entwicklungsabschnitt der Kinder besonders hoch, daher empfehlen Expert_Innen schon den bereits erwähnten Betreuungsschlüssel von eins zu drei einzuhalten. So kann jedem Kind die nötige Zuwendung entgegen gebracht, eine stabile Beziehung aufgebaut und eine Atmosphäre geschaffen werden, welche das Kind in seinen Entwicklungsprozessen anregt aber nicht überreizt. Würden wir uns jedoch tatsächlich an diesen Vorgaben orientieren und nur drei Kinder betreuen, läge unser Bruttogehalt bei 1536€ und damit unser Stundenlohn bei 8,73€, denn nur die Anzahl der betreuten Kinder ändert eben nicht die Anzahl der Wochenstunden. Unser Nettogehalt betrüge dann circa 943€.

REVO: Ihr habt also die Wahl zwischen guter Betreuung oder einem Gehalt, mit dem ihr eure Miete bezahlen könnt?

Genauso ist es. Uns bleibt die Wahl zwischen der Sicherstellung einer durchgängig guten Betreuungsqualität unter eigenen hohen finanziellen Einbußen am Rande des Existenzminimums oder der Arbeit unter prekären Bedingungen für die Entwicklung der Kinder bzw. der eigenen

psychischen Gesundheit in Folge eines hohen Betreuungsschlüssels, aber dafür mehr Geld.

Bestimmt gibt es Kindertagespflegepersonen, die die persönlichen Ressourcen mit sich bringen, auch 5 Kindern eine fördernde und Sicherheit gebende Betreuung zu bieten. Doch das darf aber nicht Grundvoraussetzung für alle sein. Es sollte jeder Kindertagespflegeperson möglich sein, für sich selbst und im Sinne der ihr anvertrauten Kinder zu entscheiden, welche Gruppengröße möglich und förderlich ist, sodass das Wohl des Kindes stets im Hauptfokus ihrer Arbeit stehen kann. Das ist aber nur möglich, wenn die finanziellen Rahmenbedingungen so gestaltet sind, dass ihre materielle Existenz ab einer Betreuungsanzahl von drei Kindern gut abgesichert ist. Dann könnte jede Kindertagespflegeperson im eigenen Ermessen entscheiden, ob die Gruppe der Größe durch einen zusätzlichen Platz erweitert werden kann oder nicht, ohne den Druck ihrer eigenen Existenzgrundlage im Nacken zu haben.

Neben den prekären finanziellen Rahmenbedingungen kommt hinzu, dass Kindertagespflegepersonen nicht durch einen Träger geschützt werden. So kam es letztes Jahr zu Existenzängsten und vielen Diskussionen in Folge unerwarteter Steuernachzahlungen. Auch sollte im Zuge des „Guten-Kita-Gesetzes“ seit Anfang des Jahres unser Gehalt erhöht werden. Doch existieren bis heute keine näheren Angaben über die Gehaltserhöhung.

REVO: Wie hat sich euer Arbeitsalltag seit der Corona-Pandemie verändert?

Im Zuge der Pandemie haben wir noch einmal deutlich gemerkt, welchen gesellschaftlichen Stellenwert wir haben. Als die ersten Schul- und Kitaschließungen bekannt gegeben wurden, sollten wir noch weiterhin offen bleiben. Die offizielle Begründung war, dass das Ansteckungsrisiko ja relativ

gering sei, da nur maximal 5 Kinder von einer Person betreut werden. Abgesehen davon, dass auch hier ein enormer Pool an Kontaktpersonen hinzu kommt, gibt es eben auch Großtagespflegestellen, in denen bis zu 10 Kindern von zwei Fachkräften betreut werden. Es wurde ein offener Brief an die Berliner Bildungssenatorin Scheeres verfasst, um die Forderungen nach Gesundheitsschutz zu kommunizieren und eine Schließung der Kindertagespflegestellen erreicht.

Bei vielen von uns herrscht jedoch weiterhin eine große Unsicherheit. Aufgrund der Selbstständigkeit ist unklar, in welchem Maße die Bezahlung in den nächsten Wochen und Monaten vom Senat gestaltet wird. Bis jetzt liegen noch keine Informationen dazu vor. Obwohl noch unklar ist, ob wir weiter Lohn erhalten, kam relativ schnell der Aufruf eine Notbetreuung anzubieten.

Dass es in diesen Zeiten ohne Solidarität und Notfalllösungen nicht geht, steht außer Frage. Aber einer Berufsgruppe, welche immer wieder zurück stecken muss, nun noch einmal zu zeigen, dass sie als billige Leistungsbringer gesehen werden, ist einfach nicht haltbar. Die meisten der Kindertagespflegepersonen sind Frauen, deren Situation durch diesen Umgang noch weiter prekarisiert wird und auch der Anteil zur Risikogruppe gehörenden Fachkräfte ist nicht zu unterschätzen. Viele der Tagespflegepersonen machen ihren Job Tag für Tag, ärgern sich über einen geringen Lohn und machen trotzdem weiter – den Kindern zu Liebe! Jetzt werden sie nur dürftig mit Informationen zu ihrer eigenen Situation versorgt, sollen aber weiterhin das System mit am Laufen halten.

REVO: Hast du schon versucht etwas mit deinen Kolleg_Innen gegen diese schlimmen Bedingungen zu unternehmen?

Ich habe mich mit einigen dazu ausgetauscht und letztes Jahr waren wir bei

Demonstrationen, um gegen die hohen Steuerrückzahlungen zu protestieren. Auch nutzen wir immer wieder offene Briefe, um unsere Anliegen auszudrücken. Aber zu diesen Aktionen kommt es meistens nur in akuten Fällen, die das Fass zum Überlaufen bringen. Gewerkschaftlich ist unsere Arbeitsgruppe, glaube ich, nicht so stark vertreten, da wir ja als Selbstständige zählen. Es gibt jedoch einige Vereine und Verbände, die versuchen die Arbeitsbedingungen generell zu verbessern und das Ansehen der Tagespflegepersonen zu stärken.

Azubis und junge Arbeiter_Innen sind die ersten Opfer der Wirtschaftskrise.

Ronja Keller

Kenne deine Rechte!

Schon vorher hat es sich abgezeichnet, seit dem dem Ausbruch der Corona-Pandemie ist es amtlich: die Wirtschaft in Deutschland gerät in eine massive Rezession: Geschäfte und Restaurants wurden geschlossen, Veranstaltungen wurden abgesagt. Für viele Arbeiter_Innen in Deutschland werden die Arbeitsplätze geschlossen, vielen wird Kurzarbeit angeordnet oder sie werden sogar entlassen, was hohe Einkommensverluste mit sich bringt. Die nächste Krise steht bevor und mit ihr Angriffe auf Arbeiter_Innenrechte. Besonders treffen diese Angriffe uns Jugendliche und junge Menschen, denn wir sind die, die als Minijober_innen, Auszubildenden oder Werkstudierenden arbeiten und somit die ersten, denen gekündigt wird. Oft haben wir

begrenzte Arbeitsverträge und sind meist auch noch nicht allzu lang in Unternehmen angestellt. Das macht es Unternehmer_Innen leichter, uns schneller zu entlassen. Diese Entlassungen und Einschränkungen in unseren Rechten lassen wir uns nicht so einfach bieten! Deshalb haben wir hier ein paar Tipps, wie du dich gegen solche Angriffe wehren kannst und welche Rechte du hast.

Was ist eigentlich Kurzarbeit?

Bei Kurzarbeit werden die Arbeitszeit sowie der Lohn heruntergesetzt oder komplett ausgesetzt. Das Arbeitsverhältnis bleibt aber erhalten. Das Kurzarbeiter_Innengeld wird dabei vom Staat gezahlt und beträgt in der Regel 60 % des Vollzeitlohns. Ein Recht auf dieses Geld haben allerdings nur Erwerbstätige, die auch in die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Praktisch heißt das, dass Werkstudierende, Scheinselbstsständige, Honorarkräfte und Minijobber_innen in der Regel keine Kohle bekommen, denn mit einem 450 Euro Job zahlt man normalerweise keine Beiträge in die Arbeitslosenversicherung.

Was tun, wenn Kurzarbeit angeordnet wird?

Für sogenannte „Normal-Beschäftigte“ gilt, dass Arbeitgeber_Innen Kurzarbeit nicht einseitig anordnen dürfen. Der Betriebs- oder Personalrat muss zustimmen. Wenn es solche Räte nicht gibt, braucht es die Zustimmung der jeweiligen Arbeiter_Innen. Es kann aber auch sein, dass die Zustimmung bereits im Arbeitsvertrag vereinbart wurde. Dann braucht es keine Zustimmung mehr. Wenn ihr einen Betriebsrat habt, sprecht ihn an, damit dieser nicht gegen euren Willen für euch Kurzarbeit einwilligt. Stimmt individuell der Kurzarbeit nicht zu! Dann kann zwar eine Änderungskündigung drohen, aber ihr seid vorerst für mindestens 4 Wochen finanziell abgesichert. So gewinnt ihr Zeit und

könnt euch immer noch nach Alternativen umschauen. Generell gilt immer: Nichts unterschreiben ohne rechtlichen Rat!

Als Werkstudierende_r
oder Minijobber_in solltet ihr vom Betriebsrat fordern, dass er für nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigte der Kurzarbeit nicht zustimmt. Denn dann besteht zunächst das Recht weiter beschäftigt und auch dementsprechend bezahlt zu werden. Solange Arbeitnehmer_Innen ihre Arbeitskraft anbieten, haben sie nämlich das Recht auf Beschäftigung und Bezahlung des Lohns, auch wenn der Arbeitgeber die Arbeitskraft nicht annimmt.

Was gilt für Auszubildende?

Normalerweise bekommen
Auszubildende kein Kurzarbeiter_Innengeld, denn der Ausbildungsbetrieb ist verpflichtet alles zu tun, um die Ausbildung weiterhin zu gewährleisten. Dabei darf der Betrieb den Ausbildungsplan umstrukturieren. Die Ausbildungsvergütung darf nicht gekürzt werden! Wenn der Betrieb keine Mittel mehr sieht, um die Ausbildung aufrecht zu erhalten, kann ein Ausfall der Ausbildung in Frage kommen. Diese Option ist aber das aller letzte Mittel. Wenn es so weit kommt, haben betroffene Auszubildende Anspruch auf Zahlung der vollen Ausbildungsvergütung für mindestens sechs Wochen. Nach Ablauf dieser sechs Wochen können sie ausnahmsweise auch Kurzarbeit beziehen.

Werden Auszubildende
nicht oder nur mangelhaft ausgebildet, besteht auch ein Anspruch auf Schadensersatz gegenüber dem Ausbildungsbetrieb. Ausgefallene Ausbildungsinhalte sollten deshalb unbedingt im Berichtsheft vermerkt werden! Außerdem kann die Ausbildungseignung des Betriebs entfallen, wenn dieser während einer anhaltenden Krise zum Erliegen kommt. Dann sind der Arbeitgeber, die Industrie- und Handelskammer (IHK) und die Arbeitsagentur verpflichtet, einen anderen

Ausbildungsbetrieb zu suchen. Wenn der Betrieb schließt aber gleichzeitig die Ausbildungseignung nicht entfällt, dürfen in Ausnahmefällen Azubis nach Hause geschickt werden. Doch auch hier muss die Vergütung weitergezahlt werden. Zuhause bleiben darf man aus Angst vor dem Virus nicht. Aber der Betrieb ist zumindest verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, um für die Gesundheit der Beschäftigten zu sorgen(Desinfektionsmittel, Masken, usw.).

Doch was ist, wenn die
Berufsschule geschlossen hat? Bietet deine Berufsschule online Unterricht an, muss sie oder der Ausbildungsbetrieb die Mittel dafür (Endgeräte, Programme, …) zur Verfügung stellen. Die Verschiebung oder den Ausfall von Prüfungen regelt die IHK. Normalerweise ändert sich dabei nichts an deinem Ausbildungsvertrag außer die Prüfung wird soweit verschoben, dass sie über den Zeitraum deines Ausbildungsvertrages hinaus geht. Dann solltest du einen Antrag auf Verlängerung der Ausbildungszeit stellen.

Zur Übernahmegarantie
bleiben tarifvertragliche Regelungen weiter bestehen, wenn keine neuen Vereinbarungen im Betrieb getroffen wurden. Dazu ist es hilfreich sich beim Betriebsrat zu erkundigen!
Übernahmevereinbarungen, die in den letzten 6 Monaten vor Ende der Ausbildung geschlossen wurden, behalten ihre Wirksamkeit – auch wenn diese nur mündlich waren!

**Darf mir Zwangsurlaub
angeordnet werden?**

Auszubildende können
nicht so einfach in Zwangsurlaub geschickt werden, denn Urlaub muss beantragt werden und darf nicht angeordnet werden. Das gleiche gilt für Abbau von Überstunden, soweit nichts anderes mit dem Betriebsrat vereinbart wurde.

Was tun, wenn mir

Mehrarbeit verordnet wird?

Im Sozialschutzpaket zur
Abmilderung der Auswirkungen des Corona-Virus hat die Bundesregierung massive Einschnitte in die Arbeitszeitbeschränkungen von Arbeiter_Innen in sogenannten „systemrelevanten Jobs“ vorgenommen. Die tägliche und wöchentliche zulässige Arbeitszeit wird auf 12 und 60! Stunden angehoben, Ruhezeiten werden verkürzt und der Anspruch auf Ersatzruhetage von einem Zeitraum von 2 auf 8 Wochen verlängert.

Wenn dir diese Mehrarbeit
verordnet wird, wehre dich dagegen, sprich dich mit deinem Betriebsrat ab, wie ihr dagegen vorgehen könnt.

Wenn du unter 18 bist,
dann fällst du unter das Jugendarbeitsschutzgesetz. Diese Form der Mehrarbeit darf dir dann nicht verordnet werden. Arbeitgeber_Innen drohen hohe Geldstrafen bei Missachtung. Mach sie ruhig darauf aufmerksam, wenn sie dich zwingen wollen, länger zu machen.

**Was tun, wenn die
Kündigung kommt?**

Generell gilt immer, dass
die Kündigung schriftlich (nicht per Mail) sein muss. Außerhalb der Probezeit gilt eine Frist von mindestens 4 Wochen zum Monatsende oder zur Monatsmitte, in Probezeiten eine Frist von 2 Wochen. Wenn du in einem Betrieb mit mindestens 10 Vollzeitarbeitnehmer_Innen über 6 Monate beschäftigt bist, gilt das Kündigungsschutzgesetz. Das heißt, eine Kündigung muss begründet werden und es muss eine soziale Auswahl also eine Abwägung zwischen der Schutzbedürftigkeit verschiedener Arbeitnehmer_Innen erfolgen. Bei betriebsbedingten Kündigungen kann es einen Anspruch auf Abfindung geben, welcher sich an der Dauer der Beschäftigung orientiert.

Kann Corona ein

Kündigungsgrund sein? Für eine Kündigung braucht es sachliche Gründe. Das Coronavirus ist aktuell kein Grund für eine Kündigung. Das Unternehmen darf nicht einfach so auf Vorrat kündigen, nur weil beispielsweise der Absatz sinkt. Bei einer Stilllegung des Betriebs ist eine betriebsbedingte Kündigung nur dann gerechtfertigt, wenn der_die Unternehmer_in nicht mehr in der Lage ist, die Produktion / Dienstleistung fortzusetzen (z.B. wegen Kündigung von Pachtverträgen oder Verkauf von Maschinen). Bei einer Infizierung mit dem Coronavirus ist eine Kündigung auf keinen Fall rechtens. Wenn man aber fürchtet, sich im Betrieb zu infizieren und deswegen von der Arbeit fernbleibt, riskiert man eine verhaltensbedingte Kündigung.

Falls es zu einer
Kündigung kommt, heißt es, schnell reagieren und die Kündigung durch die Gewerkschaft oder einen Anwalt prüfen lassen! Wenn ihr dagegen vorgehen wollt, müsst ihr innerhalb von 3 Wochen beim Arbeitsgericht die Klage einreichen.

**Wir müssen für
unsere Rechte kämpfen!**

Minijobber_Innen und
Werkstudierende haben keinen Anspruch auf Kurzarbeiter_Innengeld und können momentan gleich gekündigt werden. Prüfungen für Auszubildende werden verschoben oder fallen aus ohne jegliche Mitsprache von ihnen. Das Arbeitsrecht für Jugendliche ist eh schon unzureichend. Dennoch schrecken die Kapitalist_Innen nicht zurück, sie weiter zu beschneiden. Uns wird niemand was schenken, deshalb müssen wir unsere hart erkämpften Rechte verteidigen und ausweiten Wir dürfen uns nicht in die Rolle passiver Zuschauer_Innen drängen lassen, die nur zusehen, wie ihnen nach und nach Rechte beschnitten werden.

Deshalb müssen wir in
den bereits vorhandenen Gremien wie Jugend- und Auszubildendenvertretungen unsere Forderungen herantragen. Es wird

zwar momentan davon abgeraten Jugend- und Auszubildendenversammlungen durchzuführen und empfohlen, die Termine zu verschieben. Diese Versammlung ist allerdings ein wichtiges Gremium für die Vertretung aller Auszubildenden und sollte deshalb nicht einfach runtergefahren werden. Wenn die Versammlung nicht normal zusammenkommen kann, ist es immer noch möglich, sie online durchzuführen. In den Jugend- und Auszubildendenvertretungen sollte demokratisch bestimmt werden, wie produziert wird und welche Maßnahmen in der Corona-Krise im Betrieb für alle Auszubildenden und junge Beschäftigte getroffen werden sollen.

Da wir als Jugendliche allein nicht genügend Einfluss haben, um über die ganze Produktion zu bestimmen, müssen wir auch gemeinsam eine Verbindung zur Arbeiter_Innenklasse schaffen und gemeinsam gegen die Angriffe der Kapitalist_Innen kämpfen und zwar durch Organisation und Massenstreiks. Die Gewerkschaftsführungen haben aktuell nur „Burgfriedenspolitik“ und den nationalen Schulterschluss mit den Kapitalist_Innen anzubieten und brauchen Druck aus der Basis (Revo berichtete: http://onesolutionrevolution.de/linke-politik-in-der-pandemie-teil-1%ef%bb%bf/)
Denn wenn wir sicherstellen wollen, dass Millionen keinen Lohn- und Einkommensverlust erleiden, dann werden wir kämpfen müssen. Wir brauchen Organisierung und gemeinsame Streiks zur Verteidigung unserer Interessen. Wir benötigen Kampforgane wie Aktionskomitees und Organe der Arbeiter_Innenkontrolle, die demokratisch legitimiert und ihrer Basis rechenschaftspflichtig sind. Wir müssen den Gewerkschaften Druck machen, sich für einen betriebsübergreifenden Arbeitskampf und politische Streiks einzusetzen.

Unsere Forderungen für jugendliche Lohnabhängige

- Lohnfortzahlung
  für alle Beschäftigten und zwar aus den Profiten der Unternehmen
  statt Kurzarbeiter_Innengeld
- Entlassungsverbote
  und Übernahmegarantie für alle Auszubildenden
- Keine Aussetzung der
  Arbeiter_Innenrechte durch Erlasse und Selbstermächtigung von Unternehmen durch Anordnung von Mehrarbeit, Home-Office, Wochenendarbeit, Versetzung und Zwangsurlaub
- Stattdessen mehr
  Kontrollausschüsse in den Unternehmen
- Aussetzung aller
  Miet- und Kreditzahlungen für alle Auszubildenden, Studierenden und
  sonstige Lohnabhängige.
- Verteidigung des
  Streik-, Versammlungs- und Demonstrationsrecht
- Für das Recht auf
  politische Streiks,
- Für die
  Organisierung von flächendeckenden Streiks gegen die aktuellen Angriffe auf die Arbeitszeitregelungen
- Demokratische
  Abstimmung der Auszubildenden in Auszubildendenvertretungen über
  den weiteren Verlauf ihrer Ausbildung und Verschiebungen von Prüfungen

Die Rote Armee – Befreiungsarmee gegen den Faschismus

Wilhelm Schulz

Am 9. Mai jährt sich zum 75. Mal der Sieg der Sowjetunion über den deutschen Faschismus. Die Rote Armee stellte hierbei eine besondere, gar die bedeutendste Kraft in der Befreiung vom Faschismus dar. Sie kämpfte an der sogenannten Ostfront fast vier Jahre lang. Hier wurden der Wehrmacht die stärksten Verluste zugefügt, die Sowjetunion hatte mit rund 25 Millionen Toten die größten Opferzahlen des Krieges zu beklagen, ein Großteil waren zivile Verluste.

Heute werden die
Leistungen der Roten Armee zumeist gegenüber denen der Westalliierten heruntergespielt oder „vergessen“, deswegen werden wir hier auf diese Leistungen eingehen und damit verbunden die Sowjetunion als eine außerordentliche Kriegspartei beleuchten.

Die Rote Armee

Sie wurde am 28.
Januar 1918 gegründet, um die Errungenschaften der Oktoberrevolution gegen die die kapitalistische Weiße Armee zu verteidigen. In der Eidesformel verpflichtete sie sich der internationalen sozialistischen Revolution. Die Rote Armee war keine bürgerliche Armee. Die innere Hierarchie wurde auf das Nötigste begrenzt, z.B. gab es keine Unterschiede in den Uniformen. Die Rotarmist_Innen konnten ihre Vertreter_Innen wählen und es gab demokratische Kongresse, dies wurde jedoch bereits Anfang der Zwanziger aufgrund des schweren Krieges gegen die Weiße Armee ausgesetzt. Bis 1925 war Leo Trotzki der Volkskommissar für Kriegswesen. Zu Zeiten des Bürger_Innenkriegs gab es auch weibliche Kommissarinnen, ein

bekanntes Beispiel ist Larissa Reissner.

Doch mit dem Sieg der Konterrevolution durch Stalins Bürokratie in der Kommunistischen Internationalen (KomIntern) und der Sowjetunion (SU), wurden diese Errungenschaften angegriffen. Die Rangzeichen wurden wieder eingeführt. Die Eidesformel wurde so verändert, dass fortan auf das Vaterland statt auf die internationale Befreiung der Arbeiter_Innen geschworen wurde. Im Rahmen von Stalins Säuberungen (u.a. Moskauer Prozesse) wurden knapp ein Viertel der Offiziere bis zur untersten Ebene abgesetzt oder ermordet, was für die Rote Armee eine deutliche Schwächung im Kampf gegen den Faschismus bedeutete.

Die Sowjetunion im zweiten Weltkrieg

In der Zeit von 1928 bis ’33 lehnte die bürokratisierte KomIntern jede Einheitsfrontpolitik mit der Sozialdemokratie ab und verleumdete die SPD als „Zwillingsgesicht des Faschismus“. Die Folge war eine Isolation der Kommunist_Innen und der Sieg Hitlers über die deutsche Arbeiter_Innenbewegung.

Anstatt daraus eine korrekte Einheitsfrontpolitik als Lehre zu ziehen, arbeite die KomIntern nach 1933 nicht nur mit der Sozialdemokratie zusammen, sondern auch mit angeblich progressiven Teilen der Bourgeoisie – ohne offenen politischen Kampf zu führen. Auch das führte zu Niederlagen wie z.B. in Spanien 1939 gegen den Franco-Faschismus.

Am 24. August 1939 unterzeichnete die SU den Ribbentrop-Molotow-Nichtangriffspakt, auch bekannt als Hitler-Stalin-Pakt. Dieser verschaffte der SU zwar Zeit bis zu ihrem wirklichen Kriegseintritt, jedoch auf Kosten der Niederschlagung weiter Teile Osteuropas, darunter die Aufteilung Polens zwischen der SU und Nazi-Deutschland. Das NS-Regime überfiel am 22. Juni 1941 die

SU und beendete somit den Pakt. Zwei Tage später propagierte die Prawda (sowjetische Tageszeitung) den „heiligen Krieg“ – später: „Großer vaterländischer Krieg“ – gegen das „faschistische Böse“. Die Losung der sozialistischen Revolution gegen den Faschismus wurde nicht aufgeworfen. Hingegen wurde in der faschistischen Propaganda der Krieg in Osteuropa als „Rassenkrieg“ dargestellt.

Bis zum Sieg der Roten Armee in Stalingrad im Februar 1943 befand sich die SU weitgehend in der Defensive, sodass die Wehrmacht kurz vor Moskau stand. Mit dem heldenhaften Sieg in Stalingrad wendete sich das Blatt und die Wehrmacht konnte über die kommenden Jahre bis nach Berlin zurückgedrängt werden. Hier ist auch die Bedeutung der Partisan_InnenkämpferInnen hervorzuheben, die in den vom deutschen Faschismus besetzten Gebieten im Widerstand standen und dabei oftmals ganze Divisionen banden.

Die gigantischen Potentiale der Planwirtschaft, selbst in ihrer bürokratischen Abart, zeigte die kurzfristige Reorganisation der Produktion beim Ausbruch des zweiten Weltkriegs. Nicht nur die Produktion wurde schnell auf Kriegsmaschinerie umgerüstet, sondern auch 1.300 Betriebe innerhalb weniger Jahre weg von der drohenden Front in den Osten des Landes verlagert.

Am 8. Mai 1945 kapitulierte die Wehrmacht bedingungslos gegenüber den Westmächten und dann am 9. Mai gegenüber der Sowjetunion. Der imperialistische Vernichtungskrieg kostete 60 Millionen Menschen das Leben. In seinem Schatten fand die verbrecherische industrielle Massenvernichtung politischer Gegner_Innen und vor allem von Jüd_Innen in der Shoa statt.

KASTEN: Die Rote Armee und die Frauen

Etwa 800.000 Frauen kämpften in der Roten Armee, ob im Heer, in der Luft, zur See oder im Innendienst. Ab 1941 begann die Anwerbung von Frauen, die bis dato die „traditionellen Männerberufe“ an der „Heimatfront“ übernehmen sollten, zuerst nur in Zuarbeit als Funkerinnen oder Sanitäterinnen, wurde ab ’42 die Ausbildung ausgeweitet. Die Möglichkeit für Frauen für einen, wenn auch degenerierten, Arbeiter_Innenstaat zu kämpfen, ist eine Errungenschaft, die keine andere Armee in dieser Form freiwillig einführte. Es gab aber auch negative Seiten. So mussten sich Frauen vor allem gegenüber den männlichen Rotarmisten und deren Vorurteilen durchsetzen. Viele gingen aus Angst vor Vergewaltigungen und Übergriffen ‚Liebesbeziehungen‘ ein. So stellte die Menstruation als auch ihr Ausbleiben im Gefecht eine hohe Gefahr für die Soldatinnen dar. Nach dem Krieg hielten viele ihre Vergangenheit geheim, um weiterhin als heiratsfähig, somit weiblich, zu gelten. Ausführlicher hierzu, aber auch zu Heldinnentaten, können wir „Der Krieg hat kein weibliches Gesicht“ von Swetlana Alexijewitsch empfehlen.

Die Rote Armee gegenüber zivilen Frauen

Es wird geschätzt, dass zwei Millionen Frauen und Mädchen im Zuge der Felderoberungen der Roten Armee Vergewaltigungen zum Opfer gefallen sind. Dies ist ein abscheuliches Verbrechen und zeigt die Verrohung der Roten Armee im Krieg, doch im Nachhinein wurde dies oft als antikommunistisches Argument benutzt, indem es verzehrt dargestellt wird, denn die Gewalttaten der Faschisten und des gesamten imperialistischen Krieges waren unbeschreiblich und haben erst zu dieser Verrohung beigetragen.

Der Umgang unter den Rotarmisten mit Frauen ist ein Beispiel für den Bruch mit der alten Eidesformel des Rates der Volkskommissare, hier hieß es u. a. „Ich verpflichte mich, mich selbst und die Genossen von Handlungen abzuhalten, die die Würde eines Bürgers der Sowjetrepublik herabsetzen, und mein ganzes Tun und Denken auf das große Ziel der Befreiung aller Arbeitenden zu richten.“

Rote Armee eine besondere Kraft

Die

Sowjetunion war keine Kriegspartei wie die anderen kapitalistischen Staaten. Die Politik der anderen Alliierten bestätigt das: Neben dem Sieg über den Faschismus (der in erster Linie eine wild gewordene imperialistische Konkurrenz darstellte) war auch die Schwächung der Sowjetunion ihr Ziel. Die SU war zu dieser Zeit ein sogenannter degenerierter Arbeiter_Innenstaat: Die Fabriken und Ländereien waren zwar verstaatlicht und die Bourgeoisie entmachtet, jedoch lag die Kontrolle über die Produktionsmittel nicht in den demokratischen Händen der Arbeiter_Innen, sondern in denen einer Bürokratie. Diese verfolgte ihre eigenen privilegierten Interessen und wurde so zu einem Hindernis in der internationalen Revolution. Vielmehr ging es der Bürokratie um einen Kompromiss mit dem Imperialismus – der Hitler-Stalin-Pakt, aber auch die Zusammenarbeit mit den Alliierten zeigen das. Dies bedeutete einen Verrat an der Losung Lenins der *„Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg [, als] […] die einzig richtige proletarische Losung.“* *Wir kritisieren dabei nicht die taktisch-militärischen Absprachen, sondern die politische Dimension dieses Paktes. Letztlich schloss die Bürokratie ihren Frieden mit dem Kapitalismus auf Weltebene.*

Im Februar 1946 wurde die Rote Armee in Sowjetarmee umbenannt, was den falschen Frieden der Sowjetunion mit dem kapitalistischen Ausland unterstreicht. Leo Trotzki analysierte in seinem Werk „Die verratene Revolution“ von 1936 die Sowjetunion als einen degenerierten Arbeiter_Innenstaat, in der die Bürokratie der Arbeiter_Innenklasse die politische Macht entrissen hat. Die SU verharrte in einem Zwischenstadium zwischen Kapitalismus und Sozialismus und in nationaler Isolation. Dieser Zustand musste entweder zum Sturz der Bürokratie durch eine politische Revolution mit Wiedereinführung einer Arbeiter_Innendemokratie und zur Internationalisierung der Revolution führen oder zur konterrevolutionären Restauration des Kapitalismus – die 1989

eintrat.

Trotzdem
war die Sowjetunion mit dem vergesellschafteten Eigentum eine historische Errungenschaft, die es auch für Internationalist_Innen und Gegner_Innen Stalins zu verteidigen galt. Deshalb war auch der Kriegseintritt berechtigt und notwendig. Er führte zur Zerschlagung des Faschismus als Rammbock gegen die Arbeiter_Innenbewegung, beendete den Völkermord und erhielt zeitweilig die Errungenschaften der Oktoberrevolution. Deshalb sagen wir, damals, wie heute: Dank euch ihr Sowjetsoldat_Innen!

Corona ist nicht die Heilung der Natur!

Yuna Hibbelig

,,Humans are the virus, corona is the cure.” (deutsch: Menschen sind das Virus, Corona ist die Heilung) Sprüche wie diese sind innerhalb der Umweltbewegung auf social media-Kanälen und online häufig vertreten – doch so eine Position finden wir ziemlich fascho. Warum? Weil es die Begründung enthält, dass es bestimmte Menschen verdient hätten, an Covid-19 zu sterben, während andere dann eine menschenleerere und angeblich ökologischere Erde genießen könnten. In dieser Aussage steckt also, dass das Leben einiger Menschen nicht so viel wert ist, wie das Leben anderer. Zum Beispiel Älterer und Risikogruppen sowie Menschen aus Ländern mit schlechteren Gesundheitssystemen bis hin zu Geflüchteten, die wie zum Beispiel in dem Geflüchtetencamp Moria auf der griechischen Insel Lesbos, auf engstem Raum ausharren müssen. Diese Menschen sollen also sterben, um die Erde zu heilen.

Es wird dabei
außerdem unsichtbar gemacht, wie und warum gerade diese Menschen in Lebenssituationen gedrängt wurden, in denen sie besonders von der Pandemie betroffen sind. So wurde das Gesundheitssystem in Deutschland jahrzehntelang heruntergespart, sodass nun nicht mehr genügend Intensivbetten, Schutzkleidung und Beatmungsgeräte für alle Erkrankten da sind. In anderen Ländern hat Deutschland fleißig mitgeholfen, Spardiktate zu verhängen, sodass diese auch dazu gezwungen wurden, ihre Gesundheitssysteme abzubauen und zu privatisieren. Deutschland hat sie zusammen mit der Troika oder dem IWF mit Krediten erpresst und so selber viel Geld verdient. Menschen in ärmeren Regionen werden durch die Ausbeutung ihrer Heimatländer dazu gezwungen, auf weitaus engerem Raum zu leben und haben häufig keinen Zugang zu fließendem und sauberem Wasser, um sich an die Hygienevorschriften zu halten. Versuchen sie vor diesen Lebensbedingungen zu fliehen, werden sie an den europäischen Außengrenzen zu Tausenden in Lager gesteckt und angesichts der drohenden Pandemie ihrem Schicksal überlassen. Auch sind Menschen in sogenannten „systemrelevanten“ Berufen stärker gefährdet, als Menschen, die von zu Hause aus arbeiten können. Gleichzeitig sind diese Berufe (wie z.B. Reinigungskraft oder Einzelhandel) oft die, die von Frauen gemacht und schlechter bezahlt werden. Werden Menschen in Ländern mit schlechterer medizinischer Versorgung oder mit weniger finanziellen Mitteln zur Verfügung krank, sind ihre Chancen darauf gesund zu werden weitaus geringer. Vor Allem in Ländern ohne Krankenkassenvorsorge, wo die Menschen privat für ihre Behandlung aufkommen müssen, wie den USA, sieht man dies besonders deutlich. Dementsprechend sind nicht alle Menschen gleichmäßig von dem Coronavirus betroffen, sondern die, die am meisten unter Unterdrückung und Ausbeutung leiden. Und nun wird von diesen wird nun auch noch verlangt zu sterben, damit sich der Rest ein geiles Leben im Grünen machen kann.

Die vermeintliche „Überbevölkerung“

Die Rede von der Überbevölkerung der Welt ist nichts Neues, sondern wurde schon immer von Rechten und Herrschenden als Rechtfertigung genutzt. Die Idee von der „Überbevölkerung“ kam auf, als sich der Kapitalismus in Europa ausgebreitet hat und immer mehr Menschen der Arbeiter_Innenklasse an Überausbeutung und Verelendung starben. Die Herrschenden erklärten einfach, dass sowieso zu viele Menschen auf der Welt leben würden und es deshalb schon ok wäre, wenn einige davon wegsterben. Stattdessen waren die Arbeiter_Innen ja nur so arm, weil die Kapitalist_Innen sich alle Profite in die eigenen Taschen steckten. Da sich die Arbeiter_Innenklasse jedoch durch viele Kämpfe einen gewissen Status erobern konnte, mussten die Herrschenden ihre Theorie ein wenig umformulieren. Aktuellere Übervölkerungstheorien besagen nun, dass wir weiterhin zu viele Menschen auf der Erde sind, und deshalb einige sterben müssen, um wieder genügend Platz oder Ressourcen wie Nahrungsmittel zu haben. Wenn sich gefragt wird, wer sterben soll, wird heute vor allem auf die ärmeren Länder geschaut, in welchen tatsächlich mehr Menschen auf engerem Raum leben. Das liegt aber nicht unbedingt an der Menge der Menschen, sondern wie die Ressourcen auf unserem Planeten aufgeteilt sind. Es gibt also eine ungleichmäßige Aufteilung an Ressourcen wie Nahrungsmitteln, keinen Mangel an diesen.

Zudem ist dieses Denken zum einen ist zutiefst sexistisch, da Frauen in Ländern mit einer höheren Bevölkerungszahl vorgeworfen wird, sie sollen weniger Kinder bekommen, da sie ja sonst Schuld an der Übervölkerung trügen. Zum anderen lässt es den Gedanken vollkommen aus, dass manche Menschen viele Kinder benötigen um in einer kapitalistischen Gesellschaft, in welcher sie die Benachteiligten sind, zu überleben. Warum sollen die Menschen in den Ländern mit höheren Geburtsraten, welche am meisten von Globalisierung und Ausbeutung betroffen sind, wegen einer vermeintlichen „Übervölkerung“ auf gewisse Vorteile, die andere Länder schon haben, verzichten und Opfer bringen müssen, um unter Anderem gegen die Klimakrise und

Ressourcenknappheit vorzugehen.

Die Umweltbewegung braucht einen Klassenstandpunkt!

Doch wie konnte
sich so eine rassistische und sexistische Kackscheiße gerade in der Umweltbewegung ausbreiten, die doch eigentlich für eine gute Sache kämpft? Paradoxerweise gab schon immer eine Offenheit in der Rechten für ökologische Positionen. Ihnen geht es jedoch dabei nicht um die Erhaltung des Planten und Klimagerechtigkeit, sondern um die Erhaltung ihres „Volkes“. Ihre obskuren Abstammungstheorien erklären sie damit, dass jedes „Volk“ mit seinem Land „verwurzelt“ sei. Im Nationalsozialismus wurde das die „Blut-und-Boden-Ideologie“ genannt. Doch das ist einfach nur faschistische Propaganda. Im Nationalsozialismus wurde sich praktisch kaum um die Natur gekümmert. Auch in bürgerlich-konservativen Kreisen entstand ein Wunsch nach verbessertem Umgang mit der Natur, damit man den Wochenendausflug am Meer so richtig schön genießen kann. Doch den muss sich erst einmal leisten können.

Fridays for Future, Extinction Rebellion oder Ende Gelände sind alles coole Bewegungen, die viel auf die Beine stellen. Jedoch werden sie entweder von NGOs oder Einzelpersonen angeführt, die keinen Klassenstandpunkt haben. Das heißt, dass sie sich nicht auf die Arbeiter_Innenklasse beziehen und nicht die Überwindung des gesamten Kapitalismus anstreben. Das wird dann wiederum zum Einfallstor für rechte Ideologien wie die Überbevölkerungstheorie, wie sie zuletzt in einzelnen XR-Ablegern aufgetaucht ist.

Kapitalismus ist das Problem – nicht der Mensch

Für uns als
REVOLUTION ist eins klar: Der Grund für Umweltzerstörung und Klimaerwärmung ist nicht die Menschheit oder unser Wesen an sich, sondern der Kapitalismus und dessen Ausbeutung der Menschen und des

Planeten. Der Kapitalismus ist also das Problem – nicht der Mensch an sich. Doch die Überbevölkerungstheorie geht davon aus, dass alle gleichwertig an der Klimakrise Schuld hätten. Natürlich ist das falsch, denn die Schäden an unserem Klima werden vor Allem durch die kapitalistische Produktionsweise und deren ständigen Kampf um Profitwachstum gefördert. Außerdem geht sie davon aus, dass der Mensch kein Teil der Natur wäre, was falsch ist. Der Mensch stammt von Tieren ab und kann wie alle Lebewesen auf diesem Planten nur durch die Wechselwirkung mit der Natur überleben. Da er eigentlich ziemlich schwach ist, muss er das, mit anderen Menschen zusammen, tun. Die Bearbeitung der Natur ist also eine natürliche Aufgabe des Menschen, um zu überleben. Wie das jedoch genau passiert ist eine politische Frage, die damit zusammenhängt, wie der Mensch, die Gesellschaft, in der er lebt, organisiert. Aktuell sehen wir da nur 2 Optionen: Sozialismus oder Barbarei.

Barbarei
bedeutet, dass der Entwicklungsstand der Produktivkräfte auf ein Niveau unter dem Kapitalismus zurückfällt. Konkrete Szenarien oder Beispiele dafür wären Naturkatastrophen in Folge des Klimawandels, ein Welt-/Atomkrieg oder eben eine Pandemie (die auch Folge des Klimawandels sein kann). Eine Welt in solchen Szenarien hängt oft zusammen mit Hungersnot und grundsätzlich verschlechterten Umständen. Eindeutig keine coole Option.

Stattdessen
lohnt es sich, für eine sozialistische Revolution zu kämpfen und die kapitalistischen Widersprüche *positiv aufzuheben,* indem man die Gesellschaft an den Bedürfnissen des Proletariats und dementsprechend an den Bedürfnissen der Menschheit (und damit auch den Bedürfnissen der Natur, denn eine intakte Natur ist ein menschliches Bedürfnis) ausrichtet. Stattdessen für Corona und eine Dezimierung der Menschheit einzutreten ist nur eine reaktionäre Verschiebung des Problems und keine gute, langfristige Lösung.

Linke Politik in der Pandemie?! (TEIL 1)

Florian Hiller

In einem anderen Artikel haben wir bereits die Gefahren analysiert, wie rechte Parteien und faschistische Strukturen die Corona-Krise für sich nutzen könnten. Pünktlich zum 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiter_Innenklasse, startet nun unsere Artikelreihe zum Thema linke Politik in Zeiten von Corona. In 3 Teilen wollen wir untersuchen, welche Fragen sich welche Teile der Linken stellen, was sie fordern und wie sie ihre Forderungen umsetzen. Los geht es heute mit dem 1. Teil zum Thema Gewerkschaftspolitik.

Was macht die Klasse?

Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Deutschland sind noch nicht ganz zu erfassen. Die aktuellste Erhebung der Arbeitslosenzahl geht auf den 12. März zurück, also bevor in Deutschland das Corona-Virus so stark ausbrach. Fest steht allerdings bereits, welche Maßnahmen ergriffen werden: Die Bundesregierung setzt, wie schon bei der Finanzkrise ab 2008/2009, auf Kurzarbeit. Das bedeutet, dass der_die Arbeiter_In nur noch maximal 67% ihres Gehalts bekommt, nach einer neuen Regelung erhöht sich der Prozentsatz aber nach 4 Monaten auf 77 % und nach 7 Monaten auf 80% . Zum 14. April haben bereits 725.000 Betriebe Kurzarbeit angemeldet. Das sind jetzt schon 30 mal so viel wie 2009. Diese Zahlen deuten darauf hin, dass es im Verlauf dieses Jahres auch zu Massenentlassungen kommen kann. Wer sich davon ein

Bild machen möchte, schaue auf die Zahlen der USA. Dort haben innerhalb von einem Monat mehr als 26 Millionen Menschen ihren Job verloren. Das sollte uns aber nicht zu dem Gedanken verleiten lassen, in Deutschland würde, anders als in den USA, im Sinne der Arbeiter_Innenklasse gehandelt werden. Das Kurzarbeiter_Innengeld wird ebenso wie die Finanzhilfe für klamme Unternehmen über Arbeitslosenversicherung bzw. Steuern finanziert – die Kosten also überwiegend auf die ArbeiterInnenklasse und Mittelschichten abgewälzt.
Während viele Arbeiter_Innen aufgrund von Lohneinbußen um ihre Existenz bangen, lockerte die Bundesregierung das Arbeitsschutzgesetz damit Unternehmen ihre Arbeiter_Innen länger zur Arbeit zwingen können. Dabei soll nicht nur die Höchstarbeitszeit auf 12 Stunden pro Tag und 60 Stunden pro Woche angehoben werden, sondern gleichzeitig die Ruhezeit von 11 auf 9 Stunden verkürzt werden. Besonders unterdrückte Teile unserer Klasse wie Frauen, Migrant_Innen, LGBTIA und Jugendliche sind noch zusätzlich von den Folgen betroffen. So sind wir häufig die ersten die entlassen oder in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gezwungen werden. Auch müssen wir die aktuell besonders sichtbaren akuten Mängel im Gesundheitssystem als Angriffe auf unsere Klasse verstehen, da dieses über Jahrzehnte hinweg zu Spottpreisen an private Investor_Innen verkauft wurde. Ebenso trägt die Tatsache, dass beispielsweise Schulen wieder eröffnet werden sollen aber das Demonstrationsrecht weiter eingeschränkt bleibt, einen klaren Klassencharakter, da uns hier Rechte genommen werden, die sich die Arbeiter_Innenklasse lange erkämpfen musste, während gleichzeitig Unternehmensprofite über unsere Gesundheit gestellt werden.

Sozialpartnerschaft,
Standortnationalismus und rassistische Ausgrenzung

Damit
sind nur die schärfsten Angriffe auf die Arbeiter_Innenklasse genannt. Angesichts der Situation müssten doch diejenigen, die die

Arbeiter_Innenklasse vertreten wollen, laut aufschreien –

angefangen
mit den Gewerkschaften. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) verkündetet bereits Mitte März: „Die
Sozialpartner stellen gemeinsame Verantwortung in der Coronakrise über Differenzen“. Diese Aussage klingt erst einmal ganz nett aber zeigt bei genauerem Hinschauen sein wahres Gesicht: Im Klartext bedeutet das nämlich, dass sich die Gewerkschaften (als einer von 2 Sozialpartnern) nicht gegen die geplanten Angriffe der Unternehmen (dem anderen Sozialpartner) wehren werden und alles hinnehmen, solange es nur dem ach so tollen Wirtschaftsstandort Deutschland nutzt. Ganz in diesem Sinne wirkt die Internetseite des DGB eher wie ein Informationsportal, das die kommenden Einschnitte für Arbeiter_Innen erklärt, aber nicht wie ein Sprachrohr für eine kämpferische Arbeiter_Innenklasse. Sozialpartnerschaft bedeutet also, dass die „Arbeitnehmer_Innen“ gemeinsam mit den „Arbeitgeber_Innen“ als Sozialpartner kooperativ Entscheidungen treffen. Was als Stütze einer sozialen Politik verkauft wird, führt letztendlich vor allem dazu, dass die Klassengegensätze verschleiert werden. Die einen entlassen, um Kosten einzusparen, die anderen lassen es mit sich machen. Unterdrücker_In und Unterdrückten wird ein gemeinsames Interesse zugeschrieben, so auch jetzt, wenn davon gesprochen wird, dass wir vor Corona alle gleicht wären und wir gemeinsam (gemeinsam endet dabei auch an den Nationalstaatsgrenzen) durch diese Krise gehen müssen. Diese Politik wird auch als „Burgfriedenpolitik“ bezeichnet. Der Begriff entstand im 1. Weltkrieg, als die Regierung die Bevölkerung davon überzeugen wollte, dass Sie in den Krieg ziehen müsste, um das „Vaterland“ zu verteidigen. Bis auf den linken Teil um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, schloss sich die SPD damals dieser nationalistischen Politik an und sprach auch damals von einem „gemeinsamen Interesse“, das vor die Differenzen gestellt werden muss.
Belege
dafür, dass es aktuell vor allem um die Interessen der Unternehmen

geht, gibt es genug (wie bereits im ersten Teil beschrieben): Kurzarbeiter_Innengeld, 12-Stunden-Tag, aber auch viele andere Probleme, die damit einhergehen, wie zum Beispiel die Frage wie Geringverdiener_Innen ihre Miete in Zukunft zahlen sollen.
Die
IG Metall feiert sich derweil, dass sie die Erhöhung des Kurzarbeiter_Innengeldes mit ausgehandelt hat. Wie mit dem Loch in der Arbeitslosenversicherung, das dadurch entsteht, umgegangen werden soll, wird dabei jedoch nicht geäußert.
Aber nicht nur, dass
die Gewerkschaften ungenügend auf die Angriffe durch die „Corona-Maßnahmen“ reagieren, werden auch andere Kämpfe, die schon vor Corona liefen, ausgesetzt. In der Automobilbranche sind nämlich schon seit letztem Jahr Arbeitsplätze bedroht. Darüber sollte auch in der aktuellen Tarifrunde gesprochen werden, diese wurden jetzt aber abgesagt.
Die Niederlegung von Streiks und
Tarifverhandlungen trifft auch andere Branchen, wie zum Beispiel die Arbeiter_Innen aus der Ernährungsindustrie in Sachsen, die zuletzt Aufmerksamkeit erregten, weil sie zum ersten Mal seit der Wende streikten, um für einen gleichen Lohn für die Beschäftigten im Osten zu kämpfen. In Betrieben im Westen verdienen Menschen für die gleiche Arbeit bis zu 760€ mehr im Monat. Alle Arbeitskämpfe wurden nun abgesagt.
Auch abgesagt wurden alle Veranstaltungen
vom DGB zum 1. Mai. Was auf den ersten Blick als Aufgabe des wichtigsten Kampftages der Arbeiter_Innenklasse erscheint, ist letztendlich nur konsequent. Von Klassenpolitik haben sich die Gewerkschaften, aber auch SPD und die Linke sowieso schon lange verabschiedet. Bierzeltpartys müssen nun wirklich nicht sein in der aktuellen Situation. Für alle anderen, die diesen Tag nutzen wollen, um für die Arbeiter_Innenklasse zu kämpfen, ist dies natürlich eine traurige Entscheidung.

Klassenkampf

ist möglich!

Dass es auch anders gehen kann zeigen Beispiele in Italien. Nachdem die Regierung verkündete, dass alle Firmen schließen sollen, die nicht „systemrelevant“ seien, kam es in einigen Fabriken zum Streik. Denn das Label „systemrelevant“ wurde hier sehr großzügig im Interesse der Kapitalist_Innen verliehen, sodass ArbeiterInnen aus der Metall- und Chemieindustrie zum Streik aufriefen, unterstützt von den Gewerkschaften.
Auch in Spanien kam es zu ähnlichen Situationen. Dort legten 5000 Arbeiter_Innen eines Mercedes-Werks die Arbeit nieder, um die Schließung zu erzwingen. Währenddessen riefen auch Mieter_Innengewerkschaften zum Streik gegen fehlende Notmaßnahmen der sozialdemokratischen Regierung auf.
Das zeigt auch, dass Hoffnungen auf anhaltende Verbesserungen durch Reformen von Sozialdemokrat_Innen und Linkspopulist_Innen vergeblich sind, da sie letztendlich der Profitlogik eines globalisierten Kapitalismus nicht entkommen können.

Für einen konsequenten Internationalismus!

Was all den linken Kräften besonders fehlt ist ein internationalistischer Standpunkt. Wenn nun viel von „wachsender Solidarität“ gesprochen wird, z.B wenn alle Parteien gemeinsam hinter dem Corona-Paket stehen, wird oft vergessen, dass eine wachsende Solidarität innerhalb eines Nationalstaats auch schnell mit wachsender Ausgrenzung gegenüber Nicht-Staatsbürgern einhergeht. Der Begriff der „Burgfriedenpolitik“ entstand ja auch während des Weltkrieges, dort war auch eine wachsende Solidarität innerhalb Deutschlands zu beobachten. Ein Zusammenhalten gegen den äußeren Feind. Auch bei der Bekämpfung von Corona passiert genau das: Grenzen werden geschlossen, jeder Staat probiert für sich

bestmöglich die gesundheitlichen Folgen der Bevölkerung, aber vor allem die wirtschaftlichen Folgen für die nationale Bourgeoisie, abzuwehren. Daran droht aktuell auch das Projekt der Europäischen Union weiter zu zerfallen. Dazu kommt die verheerende Situation in den Geflüchtetenlagern in Griechenland. Noch vor der Corona-Pandemie war dies ein großes Thema. Obwohl es gerade jetzt noch deutlich wichtiger geworden ist, die Camps zu evakuieren, wird das Thema kaum von den Gewerkschaften angesprochen. Klassenkämpferische Politik sollte sich aber auch nicht nur auf Europa beschränken, sondern auch die weltweiten Folgen der Pandemie analysieren. Auch wenn der befürchtete schwere Ausbruch in den meisten halbkolonialen Ländern bisher ausgeblieben ist, heißt das nicht, dass sie die Pandemie nicht trotzdem hart treffen wird. Krisen treffen im Kapitalismus immer die wirtschaftlich schwachen, das gilt nicht nur innerhalb eines Staates, sondern auch weltweit. Die wirtschaftlichen Auswirkungen werden deshalb besonders halbkoloniale Länder treffen und zu einem starken Anstieg von an Hunger leidenden Menschen führen. Hierzu braucht es eine internationale Vernetzung der Gewerkschaftsbewegung und gemeinsame Forderungen!

Konzerne
Enteignen und unter ArbeiterInnenkontrolle!

Wenn
Linken-Vorsitzende Katja Kipping vom „sozialen Fortschritt“ durch das „Corona-Paket“ spricht, dann meint sie vielleicht auch die wachsende Möglichkeit Firmen, die jetzt in Probleme geraten, zu verstaatlichen. In Anbetracht der starken Privatisierungen der letzten Jahre, die uns ja gerade die Probleme im Gesundheitssystem gebracht haben, kann wirklich von Potentialen für einen „sozialen Fortschritt“ gesprochen werden. Dabei muss aber auch beachtet werden, dass das nicht bedeutet, dass sich das verstaatlichte Unternehmen komplett der Profitlogik des Kapitalismus entziehen kann. Der Staat kann das
Kapitalismus-Game genauso gut spielen wie ein privater Konzern.

Außerdem kann es nach der Corona-Krise
auch schnell wieder zu einer Welle von Privatisierungen kommen „um die Wirtschaft zu stärken“. Den Kapitalist_Innen wird dann eigentlich nur geholfen durch die Krise zu kommen, um ihnen anschließend wieder zum Profit zu helfen. Deshalb muss die Verstaatlichung auch immer mit der Frage der Arbeiter_Innenkontrolle verbunden werden. Zum Einen, damit die Arbeiter_Innen gemeinsam die Vergesellschaftung verteidigen können. Zum Anderen können sie sich so organisieren, um letztendlich wirklich eine Produktion für die Bedürfnisse aller Menschen und nicht nur zum Profit einer Minderheit zu erkämpfen. Um das zu erreichen, müssen sich die kontrollierten Firmen untereinander vernetzen, um die Revolution im ganzen Staat und letztlich international auszuweiten. Dazu braucht es eine kämpferische Gewerkschaftspolitik, die, gemeinsam mit einer revolutionären Partei, den Kampf gegen das Kapital organisiert.

Massenentlassungen von Studierenden – Wie können wir uns dagegen wehren?

Peter Böttcher

Die Corona-Pandemie
zeigt wie kaum ein anderes Beispiel, dass die kapitalistische Produktionsweise für gesellschaftliche Krisen besonders anfällig ist. Die als Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus beschlossenen Lockdowns führen überall auf der Welt zum Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität und damit zu massiv fallenden Aktienkursen. Die Profitverluste der Unternehmen während des

Lockdowns und der plötzlich nicht mehr vorhandene Bedarf an Arbeitskräften führen zu Kurzarbeit, unbezahltem ,,Zwangsurlaub“ und auch zu Entlassungen. Am heftigsten zeigen sich die Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft in den USA. Innerhalb von 4 Wochen wurden dort über 22 Millionen Menschen arbeitslos. Selbst bürgerliche Analyst_Innen in den Vereinigten Staaten gehen davon aus, dass die Zahl der Arbeitslosen bis Ende Mai um weitere 20 Millionen ansteigen wird. [1] Mit den bis März dieses Jahres etwa sieben Millionen erfassten Arbeitslosen kommen die USA bis Anfang Juni auf etwa 50 Millionen Arbeitslose, wohlgemerkt bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 328. Millionen Menschen. Und dabei befinden wir uns noch am Beginn der kommenden Weltwirtschaftskrise, die nun durch die Corona-Pandemie ausgelöst (aber wohlgemerkt nicht verursacht!) wurde.

Es sieht also düster aus um unsere Zukunft, und um dies zu sehen, müssen wir nicht mal auf die von der Pandemie besonders hart betroffenen USA blicken.

Dass es auch in Deutschland nicht viel besser aussieht und gerade die Jugend besonders hart von den Maßnahmen der Bundes- und Landesregierungen betroffen ist, zeigt unter anderem die Zahl der Studierenden, die infolge der Corona-Krise ihre Beschäftigung verloren haben. Laut „junge Welt“ vom 15.04. haben demnach über 750 000 der insgesamt ca. 2 Millionen lohnabhängigen Studierenden (69% der 2,9 Mio. Studierenden) seit dem Lockdown kein Einkommen mehr. [2] Da laut Sozialbericht des Deutschen Studentenwerks 59% der erwerbstätigen Studierenden angeben, mit ihrem Verdienst ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, sind diese von der aktuellen Situation besonders betroffen. [3] Auch jene Studierende, die von monatlichen Zuwendungen ihrer Eltern abhängig sind, geraten im Falle von Kürzungen des Unterhalts durch Kurzarbeit oder Einkommensverluste ihrer Eltern in eine finanzielle Notlage.

Natürlich kann die

Regierung da nicht einfach tatenlos zusehen und hat sich etwas besonders perfides in dieser Notsituation einfallen lassen: Aktuell diskutiert die Bundesregierung über den Vorschlag der Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU), zinslose Kredite an bedürftige Studierende zu vergeben. [4] So sollen die Studierenden indirekt selbst die Folgekosten der von den Regierungen beschlossenen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung bezahlen, indem sie sich selbst verschulden. Den Vorschlag des Deutschen Studentenwerks, das Berufsausbildungsförderungsgesetz (BAföG) für „pandemieverschuldete Härtefälle“ zu öffnen, hat die Bundesregierung abgelehnt. Immerhin soll das BAföG während der Corona-Krise weitergezahlt werden. Jedoch erhalten ohnehin nur etwa 18% der Studierenden BaföG-Zahlungen (Stand 2016, [3]).

Dabei haben die
genannten Probleme der Studienfinanzierung und der prekären Arbeitsverhältnisse, die dazu führen, dass man soeben von einen Tag auf den nächsten seinen Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten kann, ihren Ursprung in der neoliberalen Sparpolitik der Herrschenden. Diese haben seit Jahrzehnten in den Bereichen Bildung, Forschung und Lehre Kürzungen vorgenommen und diese chronisch unterfinanziert. Die Kosten für den Staat sollten unter dem Diktat der sogenannten „Schwarzen Null“ möglichst niedrig gehalten werden, was zu allerlei „Reformen“ in den Bereichen der Ausbildungsförderung und der Bildungsfinanzierung führte. Dass heute 2/3 der Studierenden lohnabhängig sind und sich gezwungen sehen schlecht bezahlte, befristete Arbeitsverträge unter miesen Arbeitsbedingungen zu unterschreiben, dass in der Studiengangsordnung vorgeschriebene Praktika unbezahlt sind, dass studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte oftmals die Arbeit erledigen, die eigentlich in den Aufgabenbereich von in Vollzeit angestellten und verhältnismäßig besser bezahlten wissenschaftlichen Mitarbeiter_Innen fallen, das alles sind Probleme, die schon lange vor der Pandemie existierten. Die Corona-Krise hat die miserablen Verhältnisse, unter denen eine Vielzahl der Studierenden leiden, nur für alle deutlich sichtbar an

die Oberfläche gebracht und weiter zugespitzt.

Die kommende
Weltwirtschaftskrise, welche sich schon vor Corona anbahnte [5], wird diese Verhältnisse noch weiter verschlechtern. Wir werden mit krassen Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich, aber auch mit weiteren Angriffen auf unsere Arbeitsrechte und weiteren Massenentlassungen rechnen müssen. Die bisherigen Auswirkungen der Corona-Krise sind nur ein Vorgeschmack auf das, was auf uns zukommen wird. Selbst bürgerliche Ökonom_Innen gehen davon aus, dass die kommende Krise alle bisherigen Wirtschaftskrisen der Menschheit in den Schatten stellen wird [6]. Und ob das Virus durch die aktuellen Maßnahmen (Stichwort Öffnungen der Schulen, Unis, Kindergärten und Geschäfte) tatsächlich wirkungsvoll zurückgedrängt werden kann, ist fraglich. Es ist auch nicht auszuschließen, dass es auch noch zu einer zweiten oder sogar dritten Infektionswelle kommen kann.

So oder so werden wir
mit Angriffen der herrschenden Klasse auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen konfrontiert werden. Wenn wir diese nicht einfach hinnehmen, sondern erfolgreich abwehren wollen, müssen wir Widerstand aufbauen. Hierzu müssen wir uns organisieren und Forderungen aufwerfen, für die wir kollektiv kämpfen können, um somit Druck von unten aufzubauen. Wenn jemand von uns wegen der Corona-Krise entlassen werden soll, dann müssen wir alle zusammen dagegen streiken! Dafür müssen wir uns in die Gewerkschaften einbringen und diese zur Unterstützung auffordern!

In der aktuellen Lage
treten wir im Kampf gegen die Abwälzung der Kosten der Krise auf uns Studierende für folgende Forderungen ein:

– Keine Entlassungen
und uneingeschränkte Lohnfortzahlungen für alle lohnabhängingen Studierenden!

– Bedingungslose
Ausbildungs(Studiums-)finanzierung durch Besteuerung der Reichen

– Tarifverträge für
alle studentisch Beschäftigten, massive Ausfinanzierung von Bildung, Forschung und Lehre!

– Während studentisch
Beschäftigte in der Forschung und Lehre oft die besser bezahlten Vollzeitstellen wissenschaftlicher Mitarbeiter*innen als „billige Arbeitskräfte“ ersetzen, erhalten Studierende in Praktika für die beinahe gleichen Arbeiten, die von den Kolleg*innen ausgeführt werden, wegen „im Studium vorgesehener Praktika“ keine Bezahlung – Darum gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit! Gesetzliche Pflicht zur Entlohnung aller Arbeitstätigkeiten von Studierenden bei mindestens 15€/Stunde!* Bei Nichteinhaltung durch private Unternehmen müssen diese entschädigungslos enteignet werden!

Da der Kapitalismus die
Ursache für die Probleme und Widrigkeiten darstellt, denen wir als Jugendliche tagtäglich begegnen, müssen wir diesen letztlich durch eine sozialistische Planwirtschaft ersetzen. In einer Gesellschaft, in der demokratisch für die Bedürfnisse der Menschen produziert wird, wäre die Umsetzung von Maßnahmen und die Unterstützung Hilfsbedürftiger kein Problem, da diese nicht der Profitlogik und den Sparzwängen unterliegen würden. Für eine solche Gesellschaft, in der nicht mehr irgendwelche Chefs oder Politiker_Innen über unser Leben entscheiden, sondern in der die Entscheidungen von uns Lohnabhängigen selber getroffen werden, wollen wir mit dir zusammen kämpfen.

*Natürlich ist jede
Form von Lohnarbeit, durch die sich der von den Arbeiter*innen geschaffene Mehrwert privat von den Unternehmern angeeignet wird, immer mit Ausbeutung verbunden. Darum treten wir für eine gebrauchswertorientierte Produktionsweise ohne Privateigentum an den

Produktionsmitteln ein. Jedoch kämpfen wir auch für jegliche Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Ausgebeuteten im Hier und Jetzt.

Quellen:

[1]
https://www.tagesschau.de/wirtschaft/boerse/arbeitslosigkeit-usa-103.html

[2]
https://www.jungewelt.de/artikel/376455.hochschulpolitik-in-der-brd-dosenravioli-auf-pump.html

[3]
21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks

https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/se21_zusammenfassung_hauptbericht.pdf
[4]
https://www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-karliczek-studenten-darlehen-100.html

[5]
http://onesolutionrevolution.de/crash-kuerzung-und-corona%ef%bb%bf/

[6]
https://perspektive-online.net/2020/03/die-schlimmste-wirtschaftskrise-aller-zeiten/